

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 1. April 1985 - D \*\*\* Axel Springer Verlag AG, Post, 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Nr. 77-14.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A Belgien 36,00 Mrk., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeitszeit: Mit der Einführung der 38,5-Stunden-Woche beginnt für viele Beschäftigte in der Metallindustrie heute eine neue Tarifära.

FDP-Parteitag: Mit 186 von 192 Stimmen wurde der rheinland-pfälzische FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle in die Partei für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt.

Grüne: Auf ihrer letzten Landesdelegiertenkonferenz vor den nordrhein-westfälischen Wahlen haben die Grünen ihr heftig umstrittenes Sexualitätspapier zurückgezogen.

Besch in Bukarest: Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte, General Vessey, ist in Bukarest mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu zusammen.

WELT-Serie Länderchefs

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen“ oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit?

WIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich nur halb so schnell zunehmen wie 1984.

Ranindustrie: Mit einem langfristigen Umweltschutzprogramm könnten nach Auffassung der IG Rau, Steine, Erden die Schwierigkeiten der Baubranche erheblich abgemildert werden.

ZITAT DES TAGES



„Wer möglicherweise in 20 Jahren von der SDI profitiert, muß noch am Leben sein“

Professor Karl Kaiser, Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Answärtsbeziehungen...

KULTUR

Weltschätze der Kunst: Rund 400 Kostbarkeiten aus den Museen, Schlössern, Gärten und Galerien der DDR wurden in Schinkels Altem Museum in Ost-Berlin zur Ausstellung „Weltschätze der Kunst - der Menschheit bewahrt“ zusammengetragen.

SPORT

Galopp: Der Wallach „Last Suspect“ im Besitz der Herzogin von Winchester gewann in Aintree das Grand National, das schwerste Hindernisrennen der Welt.

AUS ALLER WELT

Lufkissen: Zwei Tote, 40 Verletzte und zwei Vermisste ist die vorläufige Bilanz des Lufkissenboot-Unfalls im Hafen von Dover.

Meinungen: Die Sache mit der Jugend - Gastkommentar von Professor Ulrich Lohmar

Truppe: Scharnhorst und Bundeswehr - Richtlinien für Pflege militärischer Tradition

Afrika-Hilfe: Spenden müssen bis zur nächsten Ernte reichen - Von Eberhard Nitschke

China: Peking drosselt Tempo seiner Reformpolitik - Nüchternheit und mehr Kontrolle

Forum: Personalien und Leserbrief - Redaktion der WELT, Wort des Tages

Kohl ist für Beteiligung an der SDI-Forschung

Auch Frankreich, Großbritannien und Italien sind daran interessiert In der Haltung der Bundesregierung wie in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt es keine Irritationen: Bonn will sich an dem amerikanischen Forschungsprogramm für ein Weltraum-Verteidigungssystem (SDI) beteiligen.

Dregger für „Partnerschaft der Gleichheit“

Für eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und Europas an dem amerikanischen Weltraumsystem SDI hat sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, unter der Voraussetzung ausgesprochen, daß die Forschungsergebnisse beiden Seiten zur Nutzung zugänglich sind.

Zwei Voraussetzungen

BERNT CONRAD, Brüssel Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Wochenende in Brüssel erkennen lassen, daß seine Absicht ungebrochen ist, die Bundesrepublik Deutschland an dem amerikanischen Forschungsprogramm für ein Weltraum-Verteidigungssystem (SDI) zu beteiligen.

- 1. Die USA müssen sich zu fairen Bedingungen für eine Partnerschaft bereitfinden. 2. Auf europäischer Seite muß eine gemeinsame Position gefunden werden.

Während sich unter den wichtigsten EG-Partnern schon eine gemeinsame Haltung herausbildet und damit diese Hürde zu schwinden beginnt, ist die amerikanische Haltung zu den Vorstellungen der Bundesregierung noch unklar.

Angesichts mancher Irritationen über die Haltung Bonn gegenüber dem SDI-Programm stellte Dregger klar: „Es gibt keine Veränderung in der Haltung der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.“

Für offensive Politik gegenüber Moskau

Kanzler-Berater erwartet künftig eine größere Flexibilität der Sowjetunion FRITZ WIRTH, Dallas Die Bundesregierung ist entschlossen, eine wesentlich aktivere Ostpolitik zu betreiben.

Teltschik, dessen Referat vom Kanzler abgesegnet worden war, warnte die Bündnispartner vor Versäumnissen, die Staaten des Warschauer Paktes gegeneinander auszuspielen.

Diese Auffassungen zur Ostpolitik fanden in Dallas weitgehende Zustimmung der amerikanischen Gesprächspartner, nicht dagegen Teltschiks Thesen zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Reagans, die zum beherrschenden Konferenzthema in Dallas wurde.

EG kann ihre Finanzkrise beenden

Mit der Süderweiterung sind die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen WILHELM HADLER, Brüssel Die Europäische Gemeinschaft kann den Blick wieder in die Zukunft richten.

Spanien und Portugal können nun - wenn keine Verzögerungen bei der Ratifizierung der Beitrittsverträge eintreten - ab 1. Januar als Vollmitglieder am Brüsseler Ratstisch Platz nehmen.

Anch Italien und Frankreich haben jedoch großen Anteil an der mühsam erzielten Einigung. Sie verzichten zugunsten der Griechen, die die Erweiterung mit ihrem Veto blockiert hatten, weitgehend auf direkte Zuschüsse und begnügten sich statt des

DER KOMMENTAR

Vertrauen

LEO FISCHER

Geschäftsfreunde, die aus dem Ausland zurückkehren, berichten immer wieder über eine erstaunliche Erfahrung: Die durchaus berechtigte Kritik an der Zaghaftigkeit, mit der bei uns die Wende gerade im wirtschaftspolitischen Bereich vollzogen wird, stößt auf ein gewisses Unverständnis.

Einen neuen Beweis dafür liefert eine Umfrage des US-Handelsministeriums. Zum ersten Mal seit vier Jahren planen die deutschen Tochtergesellschaften, die sich mehrheitlich im Besitz von US-Firmen befinden, wieder eine Aufstockung der Investitionen um immerhin 20 Prozent.

Freilich ist das wachsende Vertrauen in die Bundesrepublik nicht der einzige, vielleicht nicht einmal der wichtigste Grund für diese Entwicklung.

US-Firmen in Deutschland investieren mehr

Sbt, Washington Amerikanische Unternehmen fassen Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik.

Kampagne gegen Korruption in der Sowjetunion

DW, Moskau Im Kampf gegen Korruption und Unfähigkeit hat der neue sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow jetzt eine landesweite Säuberungskampagne in der kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPSU) eingeleitet.

Das Ausmaß der Aktion übertrifft dabei bereits den Umfang ähnlicher Säuberungskampagnen zur Zeit des verstorbenen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow.

Die Bundesregierung hat die Reagan-Administration ihr wachsendes Unbehagen am Informationsaustausch über Ziele, technologische Einzelheiten und eine mögliche deutsche Teilnahme an der Forschung wissen lassen.

Richard Burt, der Leiter der West-europa-Abteilung im State Department und künftige amerikanische Botschafter in Bonn, erklärte dazu: „Es wäre ein fataler Fehler, wenn die SDI-Diskussion in den gleichen Bahnen wie die Diskussion über die NATO-Doppelbeschlüsse vom Dezember 1979 verlaufen würde.“

Özal will Kürzung der US-Kredite rückgängig machen

Gespräche mit Präsident Reagan und Kongreßabgeordneten E. ANTONAROS, Athen

Der türkische Ministerpräsident Tugut Özal wird morgen zu Gesprächen mit Präsident Reagan in Washington eintreffen. Bei den Beratungen, denen von türkischer Seite „besonders große Bedeutung“ beigemessen wird, geht es vorwiegend um zweierlei: Özal will die Forderung nach mehr Wirtschafts- und Militärhilfe für sein Land erneuern und um mehr politisches Verständnis der USA für die Interessen Ankaras werben.

Die Türken sind unzufrieden, weil die von Präsident Reagan für den NATO-Verbündeten vorgeschlagene Militär- und Wirtschaftshilfe für 1986 von 539 Millionen Dollar vom Kongreß auf 890 Millionen gestutzt worden ist.

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Steinkühlers Prophetie

Von Enno v. Loewenstern

Der Düsseldorfer Arbeitsminister Farthmann, selbst alter Gewerkschaffler, hat die Gewerkschaften kritisiert: Je größer der Sozialabbau werde, desto mehr Ruhe kehre bei ihnen ein. Auch Anke Fuchs warnte davor, „daß die Leute die neue Armut ganz normal finden“.

Der unverbildete Zuhörer möchte daraus schließen, daß diese beiden SPD-Sozialpolitiker endlich das zentrale Problem der Arbeitslosigkeit erkannt haben: daß nämlich die Gewerkschaften die beiden Themen Arbeitsplatz und Lohnpolitik von einander getrennt haben. Für ersteres erklären sie prinzipiell den Staat, allenfalls die Unternehmer verantwortlich; ihre Lohn- und sonstigen Vergünstigungsforderungen behalten sie sich ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt vor.

Weder japanischen noch amerikanischen Gewerkschaften kommt es in den Sinn, den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik zu bestreiten. Solange unsere Gewerkschaften sich diesen Luxus leisten, solange werden nicht nur Unternehmen an Lohnkosten zusammenbrechen und Arbeitsplätze verlorengehen, wo man mit dem Rechenstift die Überlebenschance bei geringeren Belastungen nachkalkulieren kann. Es wird auch das Investitionsklima belastet.

Aber auch Farthmann fällt nichts ein als Maschinensteuer und Umverteilung und Staatsprogramme - und die Behauptung, Großunternehmen sparten Arbeitsplätze ein und wüßten zugleich nicht, „wohin mit den Milliarden“. Arbeitsplätze aber werden nicht deshalb geschaffen, weil man einen Gewinn gemacht hat, sondern weil man sich durch sie zukünftige Gewinne ausrechnen darf. Jede andere Politik führt zu einer Arbeitsplatzbeschaffung á la UdSSR, wo die neue oder alte Armut weit oberhalb des Facharbeiters liegt.

Und just zu diesem Zeitpunkt zeigen sich die Gewerkschaften keineswegs ruhig, sondern sie preisen die Arbeitszeitverkürzung und verkünden durch Steinkühler die Dreißigstundenswoche Ende der neunziger Jahre, „und dies bei einem wesentlich höheren Lebensstandard“. Deutlicher kann man es den Arbeitslosen nicht sagen, daß man sich nur den Arbeitsplatzbesitzern verantwortlich fühlt.

## Sinn für Realitäten

Von Günter Friedländer

Perus Präsident Fernando Belaunde Terry ist glücklich: Er glaubt ein gutes Geschäft gemacht zu haben. Die Sowjetunion hat ihm erlaubt, Schulden von 235 Millionen Dollar in Waren, vornehmlich Bluejeans und Fischmehl zu bezahlen. „Ich muß den Sinn für die Realitäten der Sowjetunion und der sozialistischen Nationen anerkennen“, verkündet Belaunde, „der uns hilft, unsere Zahlungen zu leisten - er fehlt oft auf unserer Seite der Erde.“

Solche Worte fügen Spott zum Schaden. Peru schuldet der Sowjetunion eine Milliarde Dollar für Waffenkäufe seiner links orientierten Militärdiktatur (1968-1980), dem Westen hingegen 13 Milliarden. Es schuldet 350 Millionen Dollar Zinsen an 280 Banken und mehrere Regierungen des Westens. Die im laufenden Jahr fälligen 3,5 Milliarden Dollar für den Zinsen- und Tilgungsdienst können nach Ansicht seines Finanzministers nicht bezahlt werden. Nur ein großer Sinn für die Wirklichkeit bewegt den Westen dazu, einen Ausweg aus der peruanischen Schuldenkrise zu finden, den Peru nicht mehr sieht.

Nun sind Bluejeans in der Sowjetunion eine sehr begehrte Mangelware. Sie erzielen phantastische Preise im Schwarzhandel. Ob die UdSSR nun Peru Bluejeans in ihren eigenen Läden oder auch teilweise über den Schwarzmarkt verkauft, sie macht dabei immer ein gutes Geschäft. Fischmehl ist ein wertvolles Düngemittel für die sowjetische Landwirtschaft. Der Westen kann mit Bluejeans aus Peru nichts anfangen: Er stellt sie billiger her. Nähme er Fischmehl in Zahlung, herabte er Peru der Devisen für sein lukrativstes Exportprodukt.

Peru hat ein Exportgut, das hohe Preise im Ausland erzielt, Kokain, gegen das sich vor allem die USA mit großen Kosten verteidigen müssen. Im Parlament der USA werden daher Forderungen laut, die Wirtschaftshilfe für Länder zu sperren, die die Produktion und den Schmuggel von Rauschgiften nicht verhindern können oder wollen. Peru wird im April einen neuen Präsidenten wählen, der im Juli sein Amt antreten soll. Belaunde läte gut daran, in diesen vier Monaten den guten Willen derer zu pflegen, auf die sein Nachfolger für die Lösung der Probleme angewiesen ist, die er ihm hinterläßt.

## Ein Senator lernt dazu

Von Heinz Barth

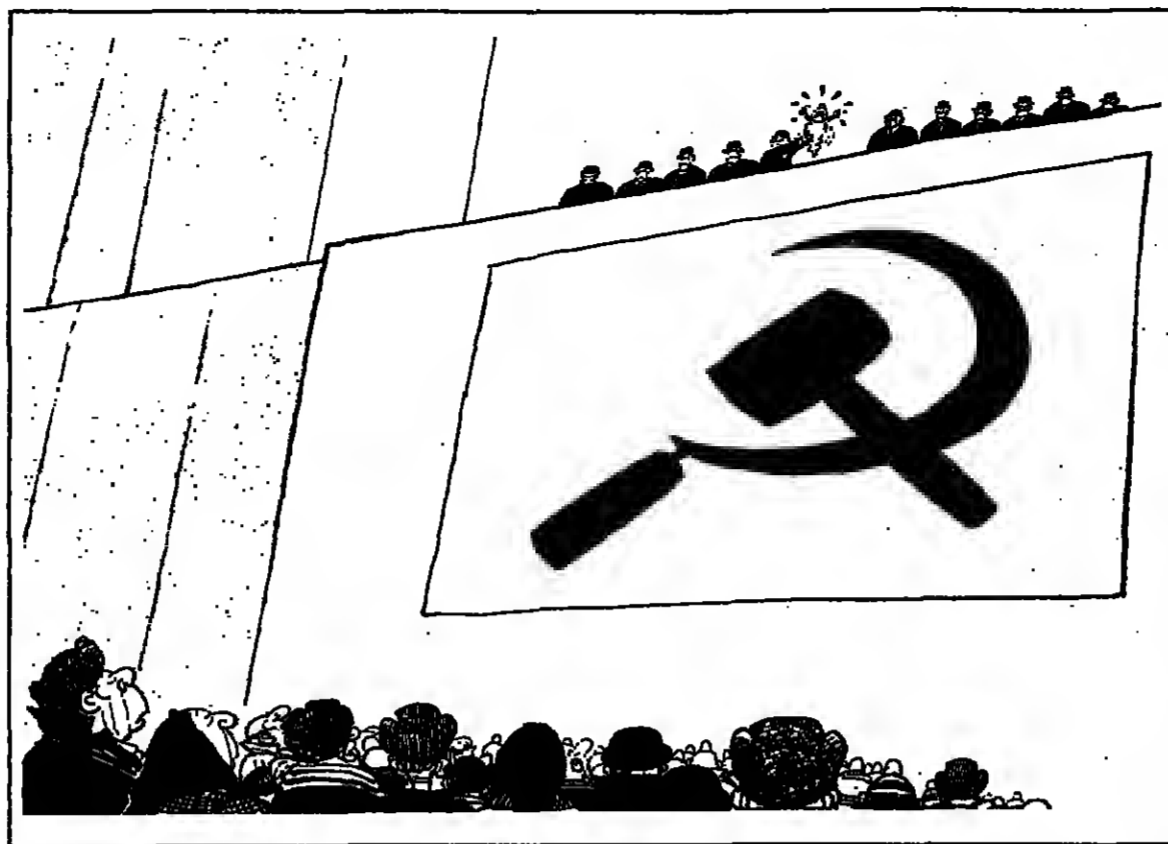
Hier ist die Geschichte eines amerikanischen Senators, der schon immer als Sorgenkind der Reagan-Administration galt. Arlen Specter, aus dem Staat Pennsylvania, wird den republikanischen Parteifreunden des Präsidenten zugerechnet, die mit seiner Politik nationaler Selbstbesinnung selten harmonisieren. Dennoch hat er sich, wie vom Blitz der Erleuchtung getroffen, plötzlich von einem Saulus in einen Paulus des Weißen Hauses verwandelt.

Die Reagan-Lobby, die sich auf dem Kapitol um seine Stimme bemüht, wollte kaum an ihr Glück glauben, als der widerspenstige Senator, ein Gegner des nuklearen Wettrüstens, in letzter Minute zu der Gruppe der 55 Senatoren stieß, die Reagan eine überraschend solide MX-Mehrheit bescherte. Es war nicht das gute Zureden der Präsidenten-Berater und auch nicht die unermüdete Telefon-Arbeit, mit der Reagan die Widerstände zaudernder Volksvertreter zu überwinden weiß, die den Senator auf den Weg zu seinem Damaskus führten.

Woher also die Bekehrung? Sie kam ihm von einer Seite, von der er es am wenigsten erwartet hatte. Paul Warnke, ehemals Jimmy Carters Genfer Unterhändler, hatte ihm berichtet, wie enttäuscht er war, als der Präsident, ohne seine Genfer Delegation zu konsultieren, den Verzicht auf den B1-Bomber ankündigte - ein Geschenk an die Sowjets, von denen Warnke Gegenleistungen aushandeln wollte.

Das war eine jener Situationen, bei denen die Russen früher am Genfer Tisch Lachanfalle unterdrückten. Als jedoch Warnke seinem sowjetischen Gegenüber diese Enttäuschung eingestand, fand er zu seiner Verblüffung heraus, daß dieser noch enttäuschter war als er selbst. Der Sowjet-Delegierte hatte nämlich gehofft, im Krenl Pluspunkte für den Erfolg zu sammeln, die Amerikaner zum Nachgeben in der Frage des Langstrecken-Bombers zu zwingen.

Die Moral der Geschichte? Nicht immer sind überstürzte Zugeständnisse einem Sowjetmenschen willkommen, wenn er dafür unter Lustentzug leiden muß. Und die Lehre, die der Senator aus Pennsylvania daraus zog? Verzichte nie vor schnell auf Raketen, so unethisch sie dir erscheinen mögen, solange sie noch als Verhandlungsobjekt zu gebrauchen sind.



„Die neue Führung setzt voll auf die Jugend - das ist Gorbatschows Stellvertreter!“ ZEICHNUNG: MAC

## Die Sache mit der Jugend

Von Ulrich Lohmar

Wenn man in den Journalen und soziologischen Publikationen der letzten Jahrzehnte nachblättert, stößt man auf eine verblüffende Tatsache: Etwa alle vier Jahre wurde der jungen Generation ein neues Etikett angehängt, wie sie denn wohl sei und denke. Das fing an mit der verlorenen Generation, ging dann weiter über die Ohnmacht-Leute, die Unpolitischen, die Skeptischen, die Revolutionären, die Weierlichen bis hin zu den Alternativen unserer Tage. Allein die Vielzahl der Aufkleber, die man den jungen Menschen jeweils zu dachete, spricht dafür, daß alle diese Aussagen mehr plakativ als zutreffend waren. In Wirklichkeit haben sich die allermeisten jungen Leute auf ganz normale Weise in das Leben hineingeprobirt, wie das eben immer so war und auch bleiben wird.

Da ist es interessant, einen Blick auf zwei Untersuchungen zu werfen, die sich von Meinungen über die Jugend freihalten und sie statt dessen selber zu Wort kommen lassen: eine Arbeit der Universität Frankfurt und einen Aufsatzwettbewerb in Nordrhein-Westfalen. Die Frankfurter stellten eine vergleichende Befragung zu einer anderen Umfrage an, die vor zwanzig Jahren stattgefunden hat. Sie umfaßt jeweils die Gruppe der sechzehn- bis achtzehnjährigen. An dem Aufsatzwettbewerb an Rhein und Ruhr beteiligten sich fünfzehnjährige Schüler.

Und hier einige Resultate: Vor zwei Jahrzehnten gingen nur zwanzig Prozent der Jungen und Mädchen zwischen sechzehn und achtzehn noch zur Schule, heute tun das rund sechzig Prozent. Damals hatten demzufolge vier von fünf Befragten ein eigenes Einkommen, heute noch nicht einmal jeder zweite. Unser Bildungsboom hat also die ökonomische Selbständigkeit junger Leute für viele in spätere Lebensjahre verlagert. Gleichwohl ist das Verhältnis zur Arbeit über die beiden Jahrzehnte hinweg ziemlich konstant geblieben:

1962 meinten sechs Prozent der Jugendlichen, man könne sich ein glückliches Leben auch ohne Arbeit vorstellen, und zwanzig Jahre

später waren auch nur rund acht Prozent dieser Auffassung. Das allgemeine Gerede vom Null-Bock auf Arbeit bei der jungen Generation erweist sich also als Seifenblase von Angst, die offensichtlich unbegründet ist. So sehen denn auch mehr als achtzig Prozent der Jugendlichen ihrer eigenen Zukunft mit Optimismus entgegen, während nur sechsundfünfzig Prozent das für die allgemeine Entwicklung anzunehmen wagen. Die No-future-Phrase schlägt also auf das generelle Weltbild weit stärker durch als für die Einschätzung der persönlichen Lebensperspektive.

Einer der jungen Leute meinte auf die Frage nach der Zukunft zu dem Interviewer: „Ach, Du meinst, wegen der ganzen Zukunftsscheiße und so.“ Damit ist eigentlich alles gesagt. Tröstlich ist das Ergebnis der Aussagen der Jugendlichen auch für die meisten Eltern: neununddreißig Prozent nehmen sich die Mutter als Vorbild, dreißig Prozent den Vater, wie die Aufsatzschreiber in Westdeutschland anmerken. Daneben spielen nur noch Freunde und Bekannte

mit achtzehn Prozent als Leitbilder eine Rolle.

Geradezu vernichtend ist die Aussage der Jugendlichen über die Politiker: Sie rangieren mit zwei Prozent unter elf angebotenen Auswahlmöglichkeiten am Schluß der Skala, wo mögliche Vorbilder zu finden seien. Die Jungen und Mädchen empfinden die Politiker nicht als Diener des Staates, sondern als dessen Nutznießer und als Karriereisten. Dieser Eindruck läßt sich mit staatstragenden Parolen und Pathos ganz sicher nicht aus der Welt schaffen.

Was sollen junge Menschen, die ja mit achtzehn wählen können, auch davon halten, wenn ihnen vierzig- oder fünfzigjährige Politiker als „Enkel“ vorgestellt werden, die sie aus ihrer Sicht ja schon eher als jugendliche Großväter empfinden müssen? Und wie muß es auf die wirklich Jungen wirken, wenn die Nachwuchsorganisationen der Parteien die Grenze für die Zugehörigkeit zu ihren Jugendgruppen bei fünfunddreißig Jahren ansetzen, einem Alter also, wo die meisten längst verantwortlich im Beruf stehen und selber Kinder haben?

Uns allen aber sollte zu denken geben, daß die jungen Leute nahezu einhellig meinen, die Erwachsenen dächten zu negativ über sie und behaupteten ohne Grund, die Jungen seien faul, gewalttätig, verrückt und aggressiv. Daraus kann man nur folgern, daß die Erwachsenen sich lieber öfters selber kritisch im Spiegel betrachten sollten, als ihrem Nachwuchs den Puls zu fühlen - zu meist mit Vorurteilen, wie man sieht.

Es gibt keinen Grund, die Jugend zu verherrlichen, denn jung sein ist kein Verdienst, sondern leider ein vorübergehender Zustand. Aber es ist auch töricht, das Selbstbewußtsein der Erwachsenen darauf gründen zu wollen, daß die nachfolgende Generation „natürlich“ schlechter sei als man selber. Lassen wir also dem Leben seinen Lauf und vertrauen wir unseren Kindern.

## GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Ulrich Lohmar war von 1957 bis 1976 SPD-Bundestagsabgeordneter. Heute ist er als freier Wissenschaftler tätig. FOTO: DIE WELT

## Moskaus Zweifel am Überleben der Sandinisten

Die Sowjets investieren wenig und setzen auf eine Spaltung des Westens / Von Werner Thomas

Ein europäischer Diplomat in Managua hat einmal Moskaus Nicaragua-Strategie auf diese Weise beurteilt: „Die Sowjets investieren so wenig wie möglich, weil sie nicht sicher sind, daß sich die Sandinisten halten werden. Wenn sie sich halten, steht das Land sowieso in ihrem Lager. Wenn nicht, waren die Kosten gering gewesen.“

Diese Einschätzung wird mittlerweile von manchen Sowjet-Experten geteilt. Carl Jacobsen, Krenl-Beobachter der University of Miami, der besonders aufmerksam die Lateinamerika-Aktivitäten der kommunistischen Weltmacht verfolgt, erinnert daran, daß der Nicaragua-Konflikt eine wichtige Rolle bei den Bemühungen Moskaus spiele, den Westen zu spalten.

Nicaragua war ein unerwartetes Geschenk der Carter-Regierung. Als Jimmy Carter 1979 den Diktator Anastasio Somoza durch die Verweigerung weiterer Militärhilfe zum Rücktritt zwang, kam eine von den Sandinisten dominierte Koalitionsregierung ans Ruder, die bald die allgemeine Marschrichtung erkennen ließ. Verteidigungsmini-

ster Humberto Ortega, der Bruder des heutigen Präsidenten, verkündete bereits am 25. August 1981 vor sandinistischen Militärs: „Wir lassen uns vom Marxismus-Leninismus leiten, der wissenschaftlichen Doktrin unserer Revolution.“ Ähnliche Äußerungen bekam man immer wieder zu hören; nach dem Tode Tschernomkos proklamierten die Sandinisten eine dreißigköpfige Staatstrauer, das Radio spielte Trauermusik von Chopin und Tschaiakowsky. Der „Genosse Tschernomko“ wurde als „großer Staatsmann und unermüdlicher Kämpfer für die Sache des Weltfriedens“ gewürdigt.

Viele Beobachter der sowjetischen Nicaragua-Politik registrierten eine genau kalkulierte Taktik. Massive sowjetische Waffenlieferungen, die amerikanische Geheimdienstkreise auf mehr als eine halbe Milliarde Dollar schätzen, machten Managua zur stärksten Militärmacht Mittelamerikas. Die Sowjets garantieren auch die Ölversorgung. Das wirtschaftliche Engagement beschränkte sich jedoch in erster Linie auf die Liefer-

ung von technisch rückständigen Fahrzeugen und landwirtschaftlichen Maschinen. Die USA sind der größte Handelspartner Nicaraguas geblieben.

Während nach Auskunft der Reagan-Regierung zehntausend Kubaner in Nicaragua wirken, unter ihnen dreitausend Militärberater, und die Bulgaren etwa acht-hundert Entwicklungshelfer stellen, halten sich die Sowjets auffallend zurück. Westliche Beobachter in Managua schätzen die sowjetische Präsenz auf höchstens zweihundert Personen. Botschafter German Schljapnikow, ein großer, weißhaariger Diplomat, drängt sich nicht ins Rampenlicht. Er spielt eine Schlüsselrolle im Hintergrund.

Sowjet-Experte Jacobsen meint: „Der Krenl rechnet seit 1982 oder 1983 mit einer amerikanischen Intervention.“ Damals war die Entscheidung der Reagan-Regierung zum Aufbau der antisandinistischen Rebellbewegung gefallen (mittlerweile kämpfen vierzehntausend „Contras“ gegen die Marxisten in Managua). Jacobsen sieht

## IM GESPRÄCH Karl Miltner

### Stille Arbeit belohnt

Von Manfred Schell

Auch in der Politik werden zäher Fleiß, Kompetenz und Loyalität anerkannt. Dieser Satz gilt, obgleich Rankinen häufig die Schlagzeilen prägen. Die Unionsfraktion im Bundestag hat, bevor sie in Osterferien gegangen ist, ihre engere Führung neu bestimmt. In geheimer Wahl hat von den fünf stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Karl Miltner, der für die Rechts- und Innenpolitik verantwortlich ist, die meisten Stimmen erhalten. Da haben viele aufgemerkt.

Hinter Miltner rangierten Helga Wex, der Sozialpolitiker Adolf Müller (Reinhold), der Repräsentant des Mittelstandes, Hansheinz Hauser, und der Außenpolitiker Volker Rühle. Der promovierte Jurist Miltner (55), der den großflächigen Wahlkreis Odenwald-Tauber seit 1983 mit Traumergebnissen hält, gehört zu den stillen Arbeitern in der Fraktion. Er ist kein Mann, der Konflikte provoziert, um sich zu profilieren. Ihm liegen die scharfen Töne nicht. Seine sprichwörtliche Geduld ist im zähen Ringen mit FDP-Politikern wie Hirsch und Baum um neue Akzente in der Innen- und Rechtspolitik ang strapaziert worden. Hinter den Kulissen hat er oft gestaubt, aber nie sind die Auseinandersetzungen von Miltner an die Öffentlichkeit getragen worden - obwohl er manchmal enttäuscht war, wenn Kompromisse, nach langen und qualenden Nachtgesprächen erzielt, hinterher wieder in Frage gestellt wurden.

Die Innen- und Rechtspolitik gehört zu den schwierigsten Feldern. Hier liegen, anders als in der Wirtschaftspolitik, die Gegensätze zwischen der CDU/CSU und der FDP weit auseinander: im Ausländer- und Asylrecht, im Demonstrationsstrafrecht. Hier gibt es nicht nur eine scharfe Frontstellung des Bundesinnenministers und der Union mit der FDP. Auch gewichtige Länderinteressen spielen eine Rolle, die Überlebenskämpfe zusätzlich komplizieren. Miltner versteht die Blockadepolitik der FDP nicht, obwohl er auch hier zwischen einzelnen Politikern, zum Beispiel zwischen Baum und Hirsch, unterscheidet, und wieder, wie den Abgeordneten Kleinert, ganz aus-



Dicke Bretter bohren: Rechtspolitiker Miltner. FOTO: AP

nimmt. Seinen „Widersachern“ auf der anderen Bank stellt er die Frage, für welche „Klientel“ sie eigentlich ihre Politik machen. Jedenfalls passe er nicht zu der Linie der FDP, die Wirtschaft, Mittelstand, freie Berufe für sich gewinnen will.

Miltner hat den Eindruck gewonnen, daß der allenthalben destruktive Kurs einzelner FDP-Politiker auch nicht das Wohlfallen der FDP-Führung findet. Aber er wundert sich, daß dann nicht engere Grenzen für deren Selbstdarstellung gezogen werden. Dazu gehört der Versuch, so sieht es Miltner, Bundesinnenminister Zimmermann und die Innenpolitiker in der Unionsfraktion gegeneinander auszuspielen. Er hat die FDP vor einem solchen Spiel gewarnt. „Wir werden uns das nicht gefallen lassen“, sagt Miltner. Inzwischen hat er auch öffentlich solche Versuche zurückgewiesen. Absolut falsch nennt Miltner die Anschuldigung, Zimmermann sei nicht kooperationsbereit. „Der Bundesinnenminister hat Termine angeboten. Sie sind wegen Herrn Hirsch nicht zustande gekommen.“

Doch Lamento nütze nichts. Die Koalition müsse sich auch hier im eigenen Interesse als „handlungsfähig“ erweisen. Und deshalb, so sagt Miltner in seiner bescheidenen Art, müßten weiterhin dicke Bretter gebohrt werden.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### BERLINER MORGENPOST

Sie kommentiert Papandreous Auftritt in Brüssel:

Das antike Griechenland hat der Welt einst das Licht geschenkt. Papandreou, der untriebige sozialistische Regierungschef aus Athen, versorgt Europa mit düsteren Schattenspielen. Sein Auftritt in Brüssel roch nach Erpressung. Papandreou hätte mit seinen maßlosen Forderungen um ein Haar verhindert, daß die Staats- und Regierungschefs der EG den Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft absegnen konnten. Zum Glück führte Papandreous rücksichtslos querzuebel nicht zum europäischen Desaster. Der Grieche pokerte hoch, als er seine Zustimmung zur EG-Erweiterung von einer Finanzhilfe für die griechische Wirtschaft in Höhe von 5,5 Milliarden Mark abhängig machte. Aber die anderen Europäer verstehen auch zu pokern. Sie werden einen hohen Preis zahlen, aber nicht den, den Papandreou wünschte und durch seine Abreise erzwingen wollte.

### Rhein-Zeitung

Das Blatt zieht Schlussfolgerungen aus den Umständen der EG-Erweiterung:

Die bisher praktizierte Einstimmigkeit der Beschlüsse, die ohnehin den römischen Verträgen entgegensteht, muß fallen, damit Erpressungsversuche ein für allemal der Vergangenheit angehören. Denn die Ge-

meinschaft kann nur mit Mehrheitsentscheidungen, zumal bei jetzt zwölf Partnern, vorwärts schreiten.

### ouest france

Die in Rennes erscheinende Zeitung meint zur EG-Erweiterung der EG:

Kann man eine Gemeinschaft mit Ländern errichten, die auf sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand stehen? Das traf zwar schon mit Irland und vor allem mit Griechenland zu. Dies ist aber noch viel stärker der Fall mit Spanien und Portugal. Von zwölf Ländern hat ein Drittel besondere Entwicklungsprobleme, die ganz anders sind als diejenigen, die wir bereits zu lösen gehabt haben.

### NEUE OSNABRÜCKER OZ-ZEITUNG

Sie geht auf bayrische Anmerkungen ein:

Jetzt weiß auch Helmut Kohl, daß Franz Josef Strauß wieder genesen ist. Kampfeslustig wie eh und je meldete sich der CSU-Chef mit einer satten Kritik an der Bundesregierung auf der politischen Bühne zurück. Zumindest in einem Punkt hat Strauß diesmal recht: Das Hin und Her um die Haltung der Koalition zum amerikanischen Forschungsprogramm für Weltraumwaffen war selbst für abgebrühte Beobachter der Bonner Szene mehr als verwirrend. Womöglich positiv, Kohl abwartend. Genscher skeptisch - am Ende wußte so recht keiner mehr, welchen Kurs die Bundesregierung steuert.

Handwritten signature or note at the bottom of the page.

# Mit dem Kompromiß um Milliarden kam die Wende

Europa ist einen Schritt weitergekommen - die Süd-Erweiterung ist perfekt. Auch der Griechische Papandreu konnte nach quälenden Debatten finanziell zufriedengestellt werden. Nun geht es um neue, politische Probleme.

Von BERNHARD CONRAD

Andreas Papandreu hat eine dramatische Begabung für Auf- und Abzüge. Als sich die europäischen Staats- und Regierungschefs am Freitagmittag im Brüsseler Charlemagne-Gebäude versammelten, um nach dem endlich vollzogenen Abschluß der EG-Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal nun auch noch die Hürde der griechischen Milliardenforderungen zu nehmen, war der eigenwillige Herr aus Athen nicht da. Er mußte noch an der etwas zweifelhaften Präsidentenwahl zuhause teilnehmen.

Aber der späte Auftritt paßte ohnehin gut in sein Regie-Konzept. Würden seine Amtskollegen und ihre von nächtlichen Marathon-sitzungen erschöpften Außenminister nicht heilfroh sein, wenn Papandreu nach einigem Warten schließlich als Deus ex machina erschien und durch Entgegennahme der verlangten Mittelmeer-Subventionen den Weg zur Süd-Erweiterung freimachte?

Der listige Grieche jedenfalls besann sich, als er mit zwei Stunden Verspätung das Tagungsgebäude betrat, daß er eigentlich erst noch ein Hotel fahren sollte. So verschwand er wieder. Erst kurz vor Schluß der Nachmittags-sitzung stieß er dann zur Gipfelrunde und ermöglichte damit, daß überhaupt mit der entscheidenden Diskussion begonnen werden konnte.

Die Partner mußten sich in der Zwischenzeit anderweitig beschäftigen. Ihre Stimmung war gut, hatte doch die Einigung über und mit Spanien und Portugal ein lähmend gewordenes Kapitel europäischer Entscheidungsgeschichte glücklich abgeschlossen. Vor allem dem Italiener Giulio Andreotti als Vorsitzendem des Außenministerrates wurde allgemeiner Beifall gezollt. Die übrigen Minister hätten sich während der dem Gipfel vorausgegangenen nervenzermürenden Verhandlungen gelegentlich vertreten lassen können. Andreotti aber saß in seiner typischen zusammengekrümmten Haltung, mit schiefem Blick von unten nach oben, ohne Anzeichen von Ungeduld Tag und Nacht im Saal und dirigierte die Kombattanten um immer neue Klippen herum in den Hafen des Beitritts.

angedrohte griechische Veto wie ein Damoklesschwert über der Runde geschwebt hätte. So kam man schließlich, als Papandreu sich effektiv zu Tisch setzte, ohne Dramatik, geschäftsmäßig im Bewußtsein des vorherigen Erfolges, wie ein Teilnehmer formulierte, zur eigentlichen Sache: dem integrierten Mittelmeerprogramm, kurz IMF genannt. Den Griechen war ein solches Programm zum Ausgleich spezieller Nachteile versprochen worden. Dabei hatte die EG-Kommission zunächst die vollkommen unrealistische Summe von 15 Milliarden Mark für Athen genannt. Darauf hatte sich Papandreu verweigert und heftig mit dem Zaunpfahl des Einspruchs gegen die Süd-Erweiterung gewirkt.

Daß es so nicht ging, war klar. Die Kommission hatte nun neue, finanziell reduzierte Vorschläge erarbeitet, die am Freitagnachmittag auf dem Gipfel ausgeteilt wurden. Papandreu verzichtete sich zunächst sehr bedeckt, stellte Fragen und enthielt sich jeden Theaterdonners. Seine Strategie blieb unklar. Während sich die Chefs dann beim abendlichen Dinner anderen Themen zuwandten, ackerten die Außenminister noch einmal das ganze Projekt durch.

Der Bundeskanzler kam kurz vor Mitternacht sehr entspannt in das ehrwürdige Hotel Amigo nahe der Grande Place, das er seit einiger Zeit dem von seinem Vorgänger Helmut Schmidt geschätzten modernen Hilton-Hotel vorzieht. War es sein bevorstehender Urlaub oder die Freude über Spaniens und Portugals Beitritt? Helmut Kohl jedenfalls hatte von der ersten Gipfelstunde an heiter und gelassen gewirkt. Er war auch der einzige Regierungschef, der am Charlemagne-Gebäude zu den hinter Absperren laut rufenden Pro-Europa-Demonstranten ging und einigen von ihnen lächelnd die Hand schüttelte.

Beim nächtlichen Plausch mit Journalisten entwickelte Kohl dann in aller Ruhe, wie er am nächsten Tag das Problem Papandreu zu lösen gedachte: Neun Partner seien willens voranzugehen, und sie würden das tun, auch wenn einer nicht wolle. Ein Kompromiß sei möglich, wenngleich



Helmut Kohl grüßt in Brüssel eine Schaar von Europa-Enthusiasten. FOTO: AP

erheblich unter der geforderten Summe. Doch es könne auch anders kommen. An einem Fixpunkt ließ der Kanzler keinen Zweifel: „Um 14 Uhr gehe ich fort. Das steht fest. Und andere gehen auch.“

Tatsächlich kam es anders. Denn nur einer ging wirklich vor der Zeit, und das war ausgerechnet Papandreu, der zur Vereidigung seines mühsam gekürten Präsidenten wieder nach Athen eilte. Alle anderen blieben, auch Kohl. Und das aus gutem Grund. Denn die Dinge kamen voran, wenngleich unter größten Mühen.

Zuerst wurde es am Samstag „quälend“, wie Kohl sich ausdrückte. Er war dafür ein verlässlicher Zeuge, denn das EG-Protokoll hatte ihn am Gipfeltisch ausgerechnet neben die Griechen platziert. Allenfalls der Blick auf die gegenüber sitzenden Freunde Margaret Thatcher und Wilfried Martens sowie der beruhigende dänische

Nachbar Poul Schlüter konnten da psychologischen Ausgleich schaffen. Denn nun wurde es wirklich sehr lebhaft. Papandreu feltschte erbittert um Millionen. Es wurde laut.

Schließlich setzten sich Ratschef Craxi und Kohl zusammen und arbeiteten einen neuen Kompromißvorschlag aus. Er gestand den Griechen für die nächsten sieben Jahre 4,5 Milliarden Mark zu und brachte die Wende. Bevor es zum Schwur kam, erteilte Papandreu seinem Finanzminister Verhandlungsvollmacht und verschwand. Nach einigem Hickhack war es dann soweit: Griechenland akzeptierte, der Weg zur Süd-Erweiterung war frei. Mit Recht sprachen alle erleichtert von einem historischen Schritt.

Kohl war zwar nicht, wie angekündigt, um 14 Uhr „fortgegangen“. Um so fröhlicher schwand er nun gegen 17 Uhr in den Urlaub, um im österreichischen Hofgastein von seinen derzeit fast 228 Pfund 28 abzuspecken. Doch seine Gedanken werden auch bei strenger Diät wieder in Richtung Europa gehen. Denn nachdem nun zunächst einmal die internen Probleme gelöst sind, kann und muß sich die erweiterte Gemeinschaft jetzt mit allem Nachdruck der Zukunft widmen.

Die nächste eigentliche Bewährungsprobe wird der Mailänder Gipfel im Frühsommer sein. Dort wird über die Weiterentwicklung der Gemeinschaft zu entscheiden sein, verkündete der Kanzler vor seiner Abreise aus Brüssel. Nun geht es um das von ihm mit besonderem Engagement betriebene und in vielen Gesprächen mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand besprochene Projekt der Politischen Union. Eine Kommission hat dafür konkrete Vorschläge ausgearbeitet, über die in Mailand befunden werden soll.



Noch erfolgreichen Beitritts-Verhandlungen: Portugals Finanzminister Erasmo Lopes und der spanische Außenminister Fernando Moran. FOTO: AP

# Ein Stück Außenpolitik an deutschen Hochschulen

Gut ein Drittel der hierzulande studierenden 70 000 Ausländer wird durch deutsche Institutionen gefördert. Eine Investition öffentlicher Gelder, die Früchte tragen kann - aber nicht muß.

Von SUSANNE PLÜCK

Die ersten Verbindungen haben sich schon während des Studiums in Deutschland geknüpft. Das Selbständigmachen fiel dann nicht mehr so schwer. Kazuyoshi Oishi, ehemaliger Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), leitet heute einen florierenden Beratungsdienst für deutsch-japanische Kooperation. Mit seiner Tätigkeit trägt er nicht nur zur internationalen Verständigung bei, sondern auch zum Wachstum der Handelsbeziehungen und zur Steigerung der Exportchancen der Bundesrepublik Deutschland. Beides hat die Bonner Regierung am 18. Oktober 1983 im Bundestag als Ziel und Zweck der Förderung ausländischer Studenten formuliert.

Kazuyoshi Oishi, der sein Architekturstudium in Aschen 1977 mit dem Dipl.-Ing. abgeschlossen hat, ist ein Paradebeispiel für die These, daß öffentliche Gelder für Stipendien eine Langzeit-Investition für die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen nach draußen sind. Anfangs allein, hat Oishi heute zwölf Mitarbeiter und eine Zweigstelle in Tokio. Sein Beratungsdienst vermittelt technische Lizenzen und Produkte im In- und Export, er betreibt für seine Kunden Werbung, arrangiert ihre Teilnahme an Messen, macht Fachübersetzungen und dolmetscht in geschäftlichen Verhandlungen, leistet Fachuntersuchungen und leitet Verhandlungen zwischen potentiellen Geschäftspartnern in die Wege. Dies alles für japanische wie für deutsche Firmen.

## Jeder zweite Stipendiat hält noch Kontakt

Die Vermittlung von Wissenschaft, technischem Know-how, kulturellen und politischen Werten, nicht zuletzt die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Ausland haben sich alle Institutionen zum Ziel gesetzt, die mit öffentlichen oder privaten Geldern Studienaufenthalte von Ausländern in der Bundesrepublik fördern: Das reicht von den rein wissenschaftlich orientierten - wie Alexander-von-Humboldt-Stiftung und Deutschem Akademischem Austauschdienst (DAAD) - über die politischen Stiftungen wie KAS und Friedrich-Ebert-Stiftung bis zu den stark an der beruflichen Praxis orientierten Deutschen Stiftung für Entwicklungshilfe (DSE) und Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG).

Können die Stiftungen ihren Zielen entsprechen, wird oft skeptisch gefragt, finden die „Ehemaligen“ nach Abschluß ihres Deutschland-Aufenthaltes adäquate Arbeitsstellen, wo sie ihre Erfahrungen zum Wohl ihres Heimatlandes und für die

Beziehungen zur Bundesrepublik einsetzen können?

Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, auch deshalb, weil sich die Lebenswege und Karrieren der ehemaligen Stipendiaten nach der Rückkehr in ihre Heimat nur über freiwillige Kontakte mit den Förderungswerken verfolgen lassen. Der Prozentsatz derer, die diese Verbindungen pflegen, liegt nach Auskünften der Stiftungen bei etwa 50. Die Kontakte werden in der Hauptsache durch periodisch erscheinende Mitgliedszeitschriften sowie durch gelegentliche Kontakt- oder Fortbildungseminare in der Bundesrepublik, aber auch im Ausland aufrecht erhalten.

## In der Heimat bereiten Bürokraten Probleme

Sämtliche Förderungs-Institutionen legen größten Wert auf diese „Nachkontakte“, weil sie den Altstipendiaten helfen, nützliche Kontakte zu pflegen, Wissen aufzufrischen und neuen Mut zum Durchhalten zu vermitteln. Denn es ist nicht immer einfach, nach Jahren der Assimilation in Deutschland sich in der alten Heimat wieder einzugliedern. Neid und Ignoranz über den Wissensvorsprung, schreibt die CDG, die vorwiegend Fortbildungsprogramme für Führungskräfte aus Entwicklungsländern finanziert, behindern häufig die Anwendung der neugewonnenen Erfahrungen am alten Arbeitsplatz.

Und der KAS-Stipendiat Peter Kwadjo Fordjor aus Ghana, der als Lehrer arbeitet, berichtet: „Bürokratie und die einheimische Elite erschweren durch unnötige Schikanen eine Anstellung. Meist erst nach jahrelanger Tätigkeit werden die im Ausland erworbenen Qualifikationen anerkannt und gewertet. Auch machen es oft chaotische politische Verhältnisse und die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage in den meisten afrikanischen Ländern schwer, einen der Ausbildung entsprechenden Einsatz zu finden.“

Am vorsichtigsten über den Erfolg ihrer Förderung äußert sich die Ebert-Stiftung. Sie gibt an, schon die Ebert-Stiftung, die sich noch Kontakt zu denen, die sie gefördert hat, habe, hätten „in hohem Maße Schwierigkeiten, adäquate Stellen zu finden“. Bei denen, die sich nicht mehr meldeten, gehe man davon aus, daß die Lage noch schlechter aussehe. Auch der Leiter des Instituts für Begabtenförderung der KAS, Ehrhardt Mayr, erklärt, die Erfolgsquote liege deutlich unter 50 Prozent. Anders Humboldt-Stiftung und DAAD, die Spitzenwissenschaftler fördern, die oft auf angestammte Lehrstühle zurückkehren. Und die Absolventen praktischer Berufsqualifikationen behalten nach Auskunfts der CDG nach der Rückkehr in die Heimat in der Regel ihre Arbeitsplätze oder rücken sogar weiter auf.

Nachkontaktpflege auch in Form von „Naturalienhilfe“ - Sachbücher, Fachzeitschriften, Gerätespenden, Projektfinanzierungshilfen - Vermittlung von Geschäfts- oder Ar-

beitspartnern in Deutschland und von Studienreisen ist ein erfolgversprechender Weg, den Start zu erleichtern. Quasi ein Pilotprojekt betreibt der Chinese Tsai Zai Chung, selbst TU-Absolvent, mit seinem „Zentrum für Technische Zusammenarbeit“, das Kontakte zwischen ehemaligen Studenten aus Entwicklungsländern und Berliner Firmen vermittelt. Dank dieser Vermittlung liefert etwa eine deutsche Firma inzwischen Know-how und Kapital für eine Neonlichtschalter-Fabrik in Indonesien.

Aber auch im wissenschaftlichen Bereich, in dem sich Erfolge nicht in vergleichbarer Form „sichtbar“ machen lassen, scheinen durch die Stiftungen vermittelte und finanzierte zusätzliche Studienaufenthalte sinnvolle Ergebnisse zu zeitigen. So konnte KAS-Stipendiat Roberto Mayorga Lorca, Jurist und inzwischen Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der chilenischen Universität von La Frontera, kürzlich in Deutschland eine Arbeit über die rechtliche Stellung von Ausländern in der Bundesrepublik vorbereiten. Er hofft, damit einen Beitrag zur internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu leisten.

Die generelle Frage, ob die Ausgabe erheblicher öffentlicher Mittel für die Förderung ausländischer Stipendiaten gerechtfertigt erscheint, ist schwer zu beantworten. (Zur Illustration: Der Etat 1983 der Humboldt-Stiftung betrug 4 Millionen, der des DAAD 2,25 Millionen, die KAS wird im nächsten Jahr 5 Millionen zur Verfügung haben.) Sicherlich wird es niemandem in den Sinn kommen, diesen Weg der Entwicklungshilfe und auch der Förderung eigener wirtschaftlicher und politischer Interessen schlicht zu sperren.

## Entwicklungsarbeit, die in Zahlen kaum meßbar ist

Aber wie, was und wo man verbessert, das muß nach Art der Förderung - Haupt-, Aufbau-, Promotionsstudium oder Spezialisierungsprogramm - nach Fachrichtung - Wirtschaft, Recht, Medizin oder Geisteswissenschaften, technische Fächer, Verwaltungslehre oder Sozialberufe - und nicht zuletzt nach den Ursprungsländern, deren gesellschaftliche und politische Bedingungen sich nicht unbedingt voneinander unterscheiden, differenziert werden.

Benjamin Ramirez Baracaldo, dem die KAS von 1974 bis 1977 ein Vertiefungsstudium finanzierte und der heute Direktor des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Santo Tomás in Bogotá ist, nennt einen interessanten Aspekt der Auswirkungen seines Deutschland-Studiums. Die Arbeit mit den Genossenschaften habe ihm gezeigt, daß es ein Instrument gebe, um in seinem Land Veränderungen ohne Gewaltveränderungen herbeizuführen. „Die Bedeutung solcher Entwicklungshilfe“, schreibt er, „kann aus ökonomischer Sicht nicht einmal annähernd bewertet werden.“

# MIT EINER EUROCARD BLEIBEN SIE AUCH AN DER ROUTE 66 NICHT AUF DER STRECKE.

Mit über 3,4 Millionen Vertragspartnern international bieten Ihnen EUROCARD in Zusammenarbeit mit Amerikas MasterCard und Access, einer der englischen Top-Cards - eines der dichtesten Netze der Welt. Wie vorteilhaft das ist, wird Ihnen auffallen, wenn Sie ein bißchen mehr von Amerika sehen wollen als New York City, Downtown L.A. oder Fisherman's Wharf in San Francisco. Allein an der Route 66 - dem vielbesungenen Highway - können Sie mit der EUROCARD in mehr als 3000 Motels übernachten, an rund 6000 „Gas Stations“ tanken und bei über 1000 Banken bare Dollar holen. Genauso einfach, als würden Sie bei einem von über 35000 EUROCARD-Vertragspartnern zwischen Alpen und Nordsee Stotlan mochen. Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postgiroamt.



EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY.

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.



### USA und UdSSR sprechen über Nicholson

DW Washington

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion wollen in Zukunft Zweiseitigkeit wie die Erschießung des amerikanischen Majors Arthur Nicholson in der DDR durch einen sowjetischen Wachposten vermeiden. Wie der sowjetische Botschafter in Washington, Anatoli Dobrynin, nach einem Gespräch mit US-Außenminister George Shultz mitteilte, einigten sich beide Seiten auf Gespräche zwischen amerikanischen und sowjetischen Kommandeuren in Europa, bei denen entsprechende Vorkehrungen vereinbart werden sollen. Shultz ließ nach dem 78 Minuten dauernden Gespräch mit Dobrynin durch einen Mitarbeiter mitteilen, er sei sehr zufrieden über diese Vereinbarung. Sie habe zum Ziel, daß es keine Wiederholung eines derartigen Zwischenfalls gibt. Das Treffen zwischen Dobrynin und dem amerikanischen Außenminister war auf Wunsch von Shultz zustande gekommen.

Major Nicholson hatte der amerikanischen Militärmission in der DDR angehört und war am Sonntag vergangener Woche erschossen worden, als er in einem Gebiet fotograferte, das früher militärisches Sperrgebiet war. Der Sarg mit der Leiche des Erschossenen war am Freitag vergangener Woche an Bord eines US-Militärflugzeuges in Washington eingetroffen, wo Nicholson am dem Heldenfriedhof Arlington beigesetzt werden sollte.

### Neue Kämpfe in Südlibanon

DW Beirut

Die Kämpfe zwischen christlichen und muslimischen Milizen sowie Palästinensern nahe der südlibanonischen Stadt Sidon haben sich am Wochenende verschärft, während israelische Truppen einen weiteren Vorstoß über ihre neue Frontlinie unternahmen. In Westbeirut wurde ein vor 18 Tagen entführter Brite freigelassen. Nach Augenzeugenberichten belegte die Christenmiliz „Libanesisches Streitkräfte“ die Palästinenserlager am Hilweh und Mieh-Mieh am Ostrand von Sidon den ganzen Tag über mit schwerer Artilleriefeuer. Palästinenser und Moslem-Milizen antworteten mit automatischen Waffen und Panzerfausten. Auch die libanesischen Armee griff mit schwerer Artillerie gegen die „Libanesischen Streitkräfte“ ein.

Israelische Truppen rückten am Samstag in Jbaa und drei umliegende Ortschaften ein. Nach Polizei- und Korrespondentenangaben wurden dabei 14 Menschen getötet und zehn verletzt, bevor die Israelis wieder abzogen.

### Peking drosselt Tempo seiner Reformpolitik

Von JOHNNY ERLING

Chinas Reformenthusiasmus hat einen spürbaren Dämpfer erlitten, obwohl die Wirtschaftsergebnisse einen durchschlagenden Erfolg signalisieren. Die Botschaft des Volkskongresses, der seit vergangener Woche tagt, heißt Nüchternheit und mehr Kontrollen.

Demnach das Wachstum ist, so erstaunlich es auch klingt, in den vergangenen Jahren zu schnell und dabei in wichtigen Bereichen wie Energie und Transport ungleichgewichtiger verlaufen, als die Planer es erwarteten. Finanzen, Rohstoffvorräte und die unterentwickelte Infrastruktur des Landes sind überfordert. Vor einem weiteren „blinden Wachstumskurs“ warnte daher Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang.

Chinas Spitzenpolitiker Deng Xiaoping, der wie üblich, nicht am Volkskongreß teilnimmt, meldete sich begleitend zu Wort. Im Gespräch mit einer japanischen Delegation bekräftigte er, die Probleme der wirtschaftlichen Überhitzung und der Korruption, die Chinas Premier angesprochen hatte, seien für das Zentralkomitee nicht unerwartet gekommen. An Chinas grundsätzlichen Reformkurs werde sich nichts ändern.

Nur fünf Monate nach dem Beschluß, seine Wirtschaftsreformen auf die Industrie auszudehnen, verordnet Peking dem Land eine Atempause, zu der Chinas Ökonomen geraten hätten, um das Reformtempo nicht unnötig zu gefährden. Denn die für Juli angekündigte flexiblere Lohnneufestsetzung drohte an dem Wildwuchs der Prämienverteilung im Voraus zu ersticken, die vorsichtig eingeleitete Preisreform aus dem Ruder zu geraten, und ein aufgeblähter Geldumlauf brachte die Finanzpolitik ins Rutschen.

Daß der Volkskongreß hremst, bevor es etwa der Parteitag im September tun müßte, ist dabei nicht nur eine Forderung der Wirtschaftsreformer. Bis September streift China eine Verjüngung seiner Führungsmannschaft auf allen Ebenen an. Der „Übergang“ soll nicht gefährdet werden.

### Unmut entschärfen

Denn so gut gerüstet wie Deng Xiaoping es noch im November vor der besorgten Armeeführung und jetzt wieder vertritt, ist China auf die Initialzündung seiner Serie von Wirtschaftsreformen nun doch nicht flammstark, beschwichtigte Deng, habe es nach der Ankündigung von Preisreformen zwar gegeben, aber die Lager seien voll und die Leute hätten sich wieder beruhigt. Auf dem Volkskongreß schlug Zhao Ziyang andere Töne an. Der Inlandsmarkt verfüge zwar über große Kapazitäten, aber keine noch so reichen Vorräte würden eine hektische Massenachfrage ertragen.

Eine Konsolidierungsphase soll den Unmut in der städtischen Bevöl-

kerung entschärfen. Die offiziell auf vier Prozent veranschlagte Inflationsrate verdeckt, daß längst bei vielen Bedarfsartikeln weit höhere Preissteigerungen hingenommen werden müssen. Mit der rasch gestiegenen Kaufkraft hielt das Angebot auf den Märkten nicht mehr Schritt. Zum Frühlingsfest im Februar traten wieder in den Städten Knappheiten auf und erzeugten eine Stimmung, die die Probleme nur allzu leicht den Reformen in die Schuhe schiebt.

Die Abkühlung setzte Anfang März ein. Deng Xiaoping trat vor die Nation und formulierte drastisch: „Wenn unsere Politik zur Polarisierung führt, dann wären wir auf einem Irrweg und in der Tat gescheitert“. Er bezog sich damit auf Pekings Devise „reich zu werden“, die von vielen Funktionären allzu wörtlich genommen wurde.

### Scharfe Kontrollen

Drastisch schrie die Peking „Volkszeitung“, Bestechung und andere Verfehlungen drohten die Reformen Chinas zu hintertreiben. Mit einem Rundumschlag griff die Parteiführung darauf zu den vertrauten administrativen Maßnahmen. Zirkulare des Staatsrates kündigten scharfe Preis-, Kredit-, und Devisenkontrollen an, und die Presse prangerte die Korruption an (WELT v. 21.3).

Ergänzend, so der Volkskongreß, soll nun das Wachstum gedrosselt werden. Im neuen Haushaltsentwurf sind nur um 3,3 Prozent höhere Ausgaben vorgesehen, wobei – als Konsequenz an die Armee – erstmals seit 1980 das Militärbudget zulegen darf. Die Industrie- und Agrarproduktion soll nur noch halb so schnell wie 1984 (14,2 Prozent) wachsen. Um diese Ziele auch einzuhalten, hat hinter den Kulissen ein Revirement in Chinas Finanzorganisationen begonnen.

Die Staatsrätin und nun ehemalige Außenhandelsministerin Chen Muhua wurde neue Vorsitzende der Volksbank und auch die für den Devisenverkehr zuständige „Bank of China“ erhielt einen neuen Direktor. Beide Banken sollen mit mehr Befugnissen zur finanz- und geldpolitischen Steuerung der Reformen ausgestattet werden.

Chinas Finanzminister mußte jetzt ein über die Hälfte höheres Haushaltsdefizit einräumen, als es zu Anfang 1984 erwartet worden war, eine Nachricht, auf die Peking besonders empfindlich reagiert, nachdem bereits in den Jahren 1979 und 1980 unter allerdings weit schlechterer Ausgangslage die Haushaltsdefizite zu einem vorläufigen Stopp der Reformen geführt hatten.

Auch im Verhältnis zum Ausland soll Nüchternheit einkehren. An grundsätzliche Änderungen ist offenbar nicht gedacht. Beobachter erwarten aber eine Straffung und teilweise Rezentralisierung der inzwischen unübersichtlich verstreuten Außenhandelskompetenzen.

### Athen denkt an vorzeitige Wahl

Präsident Sartzetakis vereidigt / Die Opposition verweigert weiterhin die Anerkennung

E. ANTONAROS, Athen

Nur knapp 36 Stunden nach seiner mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten erfolgten Wahl legte Griechenlands neuer Staatspräsident Christos Sartzetakis im halbvollen Plenarsaal des Athener Parlaments den Eid ab.

Die Vereidigungszeremonie wurde von den 114 Abgeordneten der bürgerlichen Oppositionspartei Neue Demokratie boykottiert, da sie Sartzetakis' Wahl als verfassungsrechtlich unzulässig als ungültig betrachteten.

Sartzetakis, der vom Athener Erzbischof Serafeim unter Eid genommen wurde, hatte bereits unmittelbar nach seiner mit nur 180 Parlamentsstimmen zustande gekommenen Wahl die Aufforderung von Oppositionsleiter Konstantin Mitsotakis zurückgewiesen, er sollte sein Amt gar nicht antreten. In seiner ersten öffentlichen Rede versprach der 55jährige parteilose Richter mit Nachdruck, daß er „ein Präsident aller Griechen im Geist der Überparteilichkeit und politischen Objektivität“ zu sein gedenke.

Mitsotakis, der auch einer weiteren Zeremonie am Sonntagvormittag

fernblieb, bei der die Regierung, das Parlament, die Armee und die in Athen akkreditierten Botschafter Sartzetakis zu seiner Wahl beglückwünschten, erneuerte seine Forderung nach Abhaltung von sofortigen Parlamentswahlen. Allein das Volk könne entscheiden, ob die Sozialisten richtig gehandelt hätten, sagte er.

Diese von der Opposition so nachdrücklich verlangten vorgezogenen Parlamentswahlen – fällig erst im Oktober – scheinen nicht mehr ausgeschlossen zu sein: Auf dem Flug von Brüssel nach Athen ließ der sozialistische Ministerpräsident Andreas Papandreu, der das Ende des EG-Gipfels gar nicht abwartete und zur Verteidigung Sartzetakis' nach Griechenland zurückkehrte, deutlich erkennen, daß er unter gewissen Voraussetzungen für einen vorgezogenen Wahltermin ebenfalls zu gewinnen wäre.

So sagte er, daß „entweder ich oder der Oppositionsführer beim Staatspräsidenten die Abhaltung von Frühwahlen aus nationalen Gründen beantragen werde“. Papandreu schloß nicht einmal aus, daß sich Regierung und Opposition möglicherweise über den Wahltermin einigen könnten. Zu-

gleich verdeutlichte er allerdings, daß die Verabschiedung der von ihm eingeleiteten Verfassungsreform in erster und zweiter Lesung durch das jetzige Parlament eine Vorbedingung für vorgezogene Wahlen sei.

Kaum wahrscheinlich ist, daß eine Einigung über den Wahltermin zustandekommen könnte. Nach Papandreus Zeitrechnung können die Wahlen frühestens Ende Mai, höchstwahrscheinlich im Juni stattfinden, weil die Parlamentsdebatte über die Einschränkung der Vollmachten des Staatsoberhauptes erst diese Woche beginnt. Die beiden ersten Abstimmungen müssen aber im Abstand von mindestens 30 Tagen stattfinden.

Mitsotakis hingegen besteht darauf, daß die Wahlen „unverzüglich“, also möglichst schon in der ersten Maihälfte, stattfinden müßten. Dadurch hofft er, von der Unsicherheit und der Unzufriedenheit zu profitieren, die durch die Kaltstellung des bisherigen Staatsoberhauptes Karamanlis durch die Sozialisten entstanden sind. Aber gleichzeitig will er das rasante Tempo der von den Sozialisten geplanten Verfassungsrevision verlangsamen. (SAD)

### Madrid: Justiz und Parlament im Clinch

Verfassungsgericht angerufen / Streit zeigt Unzufriedenheit in der Regierungspartei

ROLF GÖRTZ, Madrid

Polemische Anmerkungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Alfonso Guerra über das spanische Justizwesen und insbesondere über das Verfassungsgericht lösten eine Protestwelle unter Rechtsgelehrten und den ersten Kompetenzstreit zwischen zwei wichtigen Staatsorganen der jungen Demokratie in Spanien aus: Justiz und Parlament stehen im Clinch.

Der Streit entspricht der zunehmenden Nervosität der sozialistischen Regierung wegen der wachsenden Unzufriedenheit in den Reihen der eigenen Partei. Weil Alfonso Guerra die Unabhängigkeit der Rechtsprechung in Frage stellte, beschloß der „Generalrat der rechtsprechenden Gewalt“ – das höchste Organ der spanischen Justiz – das Verfassungsgericht anzurufen.

Das oberste Tribunal soll entscheiden: ob alle Mitglieder des Generalrates vom Parlament (Kongreß und Senat) gewählt werden, ob die Reglementierung des Justizwesens Angelegenheit der Regierung sein soll. Beides ist in einem Gesetzesentwurf der Regierung enthalten.

Die Verfassung setzte den Generalrat als das leitende Organ unabhängiger Rechtsprechung ein. Nach Artikel 122 setzt sich dieses Gremium aus einem Präsidenten (oberster Richter) und 20 Ratsmitgliedern zusammen, davon „zwölf Richter aller Justizklassen... vier auf Vorschlag des Kongresses und vier auf Vorschlag des Senats“. Sollten in Zukunft auch die

bisher unabhängigen Richter vom Parlament und nicht von der neutralen Justizverwaltung bestimmt werden, „dann geht die Unabhängigkeit der Richter und der Gerichte in die Hände einer Gruppe von Politikern und der sie kontrollierenden Parteien über“, stellte der angesehene Rechtsgelehrte Carreras von der Universität Navarra fest. Eine derartige Politisierung des Justizwesens könnte das Verfassungsgericht zum Rücktritt zwingen, befürchtete dessen Vorsitzender Garcia Pelayo.

Was hier als Kompetenzstreit erscheint, muß vor einem innenpolitischen Hintergrund gesehen werden, vor der gefährlichen Auseinandersetzung der in ihrer ideologischen Orientierung keineswegs ausgeglichenen Regierungspartei. Denn nicht die parlamentarische Opposition gefährdet die Regierung Gonzalez, sondern die zunehmende und erfolgreiche Kritik der Parteideologen. Sie werfen der pragmatisch geführten Regierung vor, „sozialistische Grundsätze zu verraten“. Tatsächlich entsprechen weder die Wirtschaftspolitik noch die Sicherheits- und Außenpolitik dem angekündigten Programm der Gonzalez-Partei.

Der Gegensatz zwischen sozialistischer Theorie und Regierungspraxis müßte nicht besonders ernst genommen werden, wenn nicht die bevorstehende Volksbefragung über Verbleib oder Nichtverbleib in der NATO als ein Plebiszit über die Regierungspolitik insgesamt bewertet werden müßte. Unter diesem Aspekt kommt

zum Beispiel der erfolgreichen Anti-NATO-Kampagne des Chefs der Gewerkschaft UGT, Nicolás Redondo, eine besondere Bedeutung zu.

Um die Kritik des eigenen Lagers zu besänftigen, bemüht sich die Regierung um Reformen im Erziehungs- und Rechtswesen, deren Grundlinien bisher im wesentlichen von der Kirche gestaltet wurden. Nach dem Scheitern des Abtreibungsrechts, die beschlossene Straffreiheit der Abtreibung in bestimmten Fällen besonders wichtig.

Wie jetzt durchsickert, wird jedoch das Verfassungsgericht in Kürze die Zulassung der Abtreibung – in Übereinstimmung mit der katholischen Mehrheit der Bevölkerung – ablehnen. Um nun dieser Entscheidung den enttäuschenden Überraschungseffekt zu nehmen, attackierte Alfonso Guerra das Verfassungsgericht und die Justiz mit Bemerkungen, die offensichtlich den linken Flügel der Partei bei der Stange halten sollen.

Er nannte die Ablehnung des Abtreibungsgesetzes eine „Entscheidung des 18. Jahrhunderts“, die eine „Maschinerie der Gnadenelasse“ durch die Regierung in Gang setzen würde. Es dürfe doch nicht wahr sein, „daß die Reformen der sozialistischen Regierung von zwölf Personen (des Verfassungsgerichtes) gehremst werden, die nicht durch das Volk gewählt sind“. Zum Ende der von Montesquieu seinerzeit errungenen Gewaltenteilung sagte er nur: „Der Herr ist doch schon so lange tot.“ (SAD)

### Anschlag auf jüdisches Kino in Paris

DW Paris

Bei einer Bombenexplosion während eines jüdischen Filmfestivals in einem Kino im Zentrum von Paris sind nach Angaben der Feuerwehr 18 Menschen verletzt worden. Drei davon erlitten schwere Verletzungen. Die Polizei hatte zunächst von rund 20 Verletzten gesprochen. Augenzeugen erklärten, die Bombe sei offenbar unter einer der hinteren Sitzreihen deponiert worden. Der gaullistische Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, der sich sofort an den Ort des Geschehens begab, sprach von einem „blinden rassistischen Anschlag“. Feuerwehrbrigaden rasten zu dem Kino Rivoli Beaubourg und löschten einen Brand, der in Anwesenheit von etwa 50 Zuschauern in dem Saal ausbrach. Innenminister Pierre Joxe, der sich ebenfalls zu dem Kino begab, wurde mit der Angabe zitiert, daß das Kino ab sofort unter strenger Polizeibewachung stehe. Er sprach von einem „würdelosen Attentat“. Augenzeugen berichteten, die Explosion habe einen Krater von etwa einem halben Meter Tiefe gerissen.

Mehrere tausend Menschen haben am Wochenende gegen den Rassismus in Frankreich demonstriert. Staatspräsident Francois Mitterrand drückte in einem Telegramm gegenüber der jüdischen Gemeinschaft seine Entrüstung aus. Der Führer der extrem rechts stehenden „Nationalen Front“, Jean-Marie Le Pen, forderte von Innenminister Pierre Joxe eine schärfere Sicherheitspolitik.

### Papst im Gespräch mit jungen Menschen

dpa, Rom

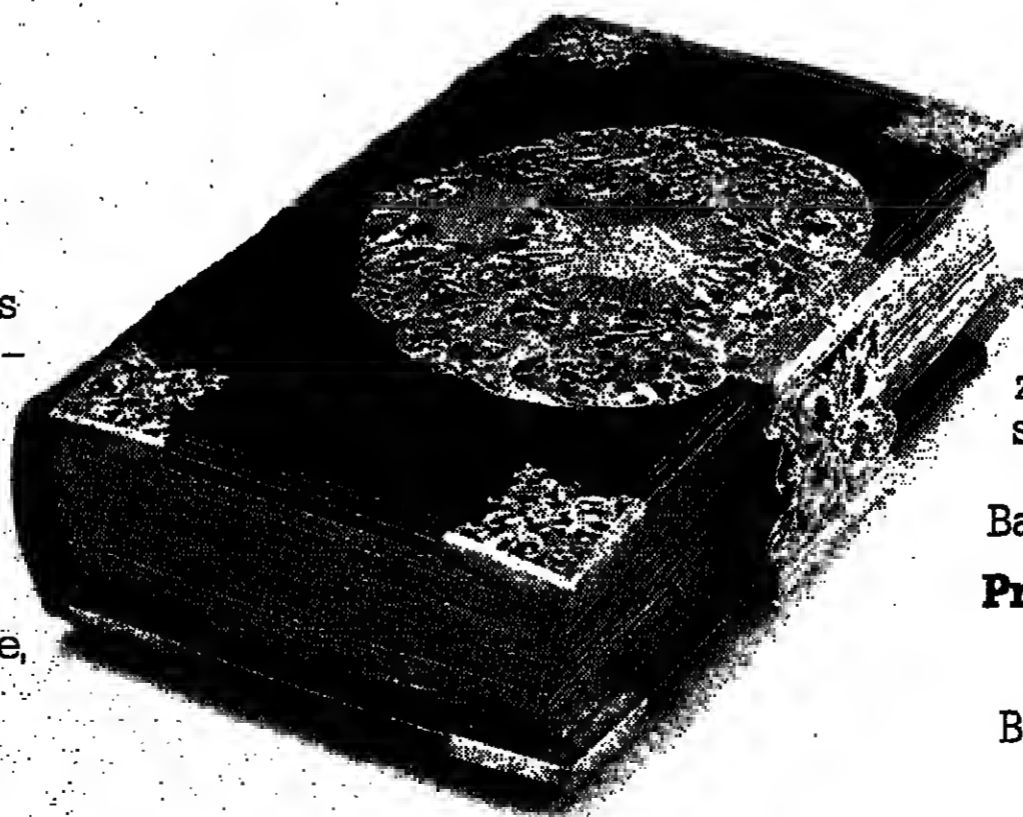
Junge Menschen aus aller Welt herrschten am Wochenende das Stadtbild von Rom. Mit 200 000 Teilnehmern rechneten die kirchlichen Veranstalter bei dem Treffen der Weltjugend, zu dem der Papst aus Anlaß des von der UNO ausgerufenen Jahrs der Jugend für Palmsamstag eingeladen hatte. Die Jugendlichen versammelten sich vor der Kirche Sankt Johann im Lateran, um am Abend zusammen mit dem Papst zu beten. Mit Gesängen, Tänzen und Grußbotschaften schilderten sie dem katholischen Kirchenoberhaupt ihre Lage.

Der Papst rief die Anwesenden dazu auf, ihren Glauben zu bekennen und sich auch sozial zu engagieren. Die Jugend müsse sich „an der großen und unabwiesbaren Anstrengung der ganzen Menschheit beteiligen, um das Gespenst des Krieges zu entfernen und den Frieden aufzubauen“. In einem anschließenden Friedensgebet ließ er: „Wir wollen nicht mit Kanonen und Zerstörung die Schwelle zum dritten Jahrhundert überschreiten“. Die jungen Menschen kamen aus 54 Ländern, darunter auch aus Jugoslawien, Polen und Ungarn.

# Über Banken: Für den privaten Kunden ist die richtige Bank ganz privatissime

Der Umgang mit dem Geld – wie es ausgegeben und wie es angelegt wird – das alles ist nicht nur eine Geldfrage. Es ist auch ein Stück Lebensstil. Die Art eben, wie der einzelne sein Leben gestaltet.

Deshalb ist auch die Wahl der richtigen Bank nicht nur eine Geldfrage, sondern ebenso sehr eine Frage des Stils. Die Philosophie muß stimmen, das heißt übereinstimmen:



Die Einstellung zum Geld, zum Lebensanspruch, zur Leistung, zur Individualität, zur Freiheit der Person und damit selbstverständlich auch zur Diskretion. Das alles wird der private Kunde stets bei seiner privaten Bank finden – sie ist für ihn ganz privatissime.

**Private Banken – die persönlichen Partner**

Eine Anzeige des Bundesverbandes deutscher Banken. Mohrenstraße 35-41, 5000 Köln 1



Die Länderchefs mal Manager mal Monarch

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen“ oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut...

Ein rascher Aufstieg zur Spitze der Partei

Johannes Rau, Jahrgang 1931, Sohn eines Predigers aus Wuppertal-Barmen, leitete einen evangelischen Verlag, als er 1952 in die Gesamtdeutsche Volkspartei Gustav Heinemanns eintrat...

„Ich mache eben manches anders als andere“

Lachfalten um die Augen und im Gesicht aufgeräumtes Benehmen: Johannes Rau schaut drein, als dürte er sich selbst den Stern zum Großen Verdienstkreuz an die Jacke heften...

einen Ausbau des Jugendaustausches, „wir müssen einander in die Augen sehen“, sagt einer von ihnen, sie wollen, daß am Netz der Städtepartnerschaften weitergekoppelt werde...

lung zu tun oder einem unbezwinglichen Hang Raus zur Clownerie, den Regierungschef häufig scherzen zu sehen: „Gut, daß wir diese mittelständischen Unternehmen haben“, sagt er...

nieren und schreiben kann, sondern auch „computern“, wie Siemens-Leute stolz versichern. Ein Nonplusultra intelligenter Technologie. Die lautlosen unbemannten Geleitzüge, die den Materialtransport in diesem Riesenbau besorgen...

angebracht. „Wir stehen ohnehin in einem publizistisch-psychologischen Abwehrkampf gegen unsere rührigen Nachbarn im Süden.“

und Mäßigung, der auch in der Partei von keinem der Filialvereine vernommen werden will. „Ich gehe eben auf meine Weise vor“, brummt er, „Schritt für Schritt.“

„Die menschliche Seite stimmt“, flüstert mir der Hausofingraf ins Ohr, der die Szene vor dem unvermeidlichen Gobel und den beiden ausdrucksvollen Schmidt-Rottluffs im Amtszimmer des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen festzuhalten hat...

Am Nachmittag dann hält der Ministerpräsident in Köln eine große Rede: „Deutschland und Israel - der Weg zu Vertrauen ohne Vergessen“, eine Würdigung des 20. Jahrestages der deutsch-israelischen Beziehungen...

Auf dem Nachhauseweg, im Auto, kommt Johannes Rau nochmals auf die Veranstaltung zu sprechen. „Ich nehme dieses Thema sehr, sehr ernst.“ Er ist sichtlich glücklich, daß so viele Bürger „zu so einer Zeit“, um 16.30 Uhr, gekommen sind...



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Verständnis? Der Regierungschef will nichts davon hören. „Ich mach' das vielleicht ein bißchen anders als andere“, sagt er, „vielleicht ein bißchen leiser als mein Kollege Späth, aber ich habe das Gefühl: auch nicht ohne Wirkung.“

Dennoch halte ich Rau entgegen, daß es ja auch für einen Politiker nicht immer nur Spaß geben könne. Es seien doch Situationen denkbar, da eine Pflicht unabweisbar und fordernd auf ihn zukäme...

Der Ministerpräsident vertraut auch darin seiner Fähigkeit, mit einer „Politik der Zuwendung“ Spannungen und politische Gegensätze aufzufangen und integrieren zu können. Daher kratzt es ihn wenig, wenn Kritiker, auch aus den eigenen Reihen, mehr Aktionismus fordern...

„Ich will noch eine Familie gründen“, sagt er, „ich will meine Tochter schließlich noch einen Mann aussuchen.“ Rau schaut mich aus ehrlichen Augen an. Doch ein Rau-Vertrauter, dem ich das später erzähle, macht einen anderen Reim daraus: „Wenn sie ihn vier Tage lang bekümmen, dann macht er es am Ende doch. Ich kenne ihn.“

Familien-Urlaub in Ferienwohnungen und Ferienhäusern

A large advertisement grid for family holidays, featuring various travel agencies and destinations like Inland, Bayern, Bodensee, Schwarzwald, and abroad. Includes contact information and descriptions of accommodations.

Briefe... A vertical column of text on the right side of the page, likely containing letters or correspondence.

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Die vergessenen Lager

**Sehr geehrte Damen und Herren,**  
 der thüringische Bischof Werner Leich hat sich in der „DDR“ wohl auf seinen engeren Wirkungskreis beschränkt, wenn er nur das KZ Buchenwald als von den Sowjets eingerichtetes Internierungslager nennt, obwohl es schon ein erheblicher Fortschritt ist, in deren Machtbereich derartige Einrichtungen zu erwähnen, die sogar in unserer Bundesrepublik von Politikern bestimmter Couleur in der Diskussion um den 8. Mai unter den Teppich gekehrt werden.

Leute, die kaum noch wissen, wo Thürigen, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg liegen, könnten deshalb glauben, Buchenwald sei das einzige von den Sowjets installierte Internierungslager in der „DDR“ gewesen. Es gab noch mehr, so z. B. auf dem Gelände des KZ Sachsenhausen bei Oranienburg (u. a. kam dort Heinrich George und), in Niederschönhausen bei Berlin, in Pfinfeichen bei Neubrandenburg/Mecklenburg, von wo

aus am 30. 1. 1976 mehr als 2000 Lagerinsassen in Viehwaggons nach Prokoplewsk bei Nowosibirsk deportiert wurden, usw.

Als unmittelbar Betroffener darf ich feststellen, daß die Insassen durchaus keine „Kriegsverbrecher“ und daß echte Nazis in der Minderheit waren. Der weitaus überwiegende Teil bestand aus Landwirten, Arbeitern, Angestellten, Beamten und sonstigen Vertretern freier Berufe. Sie alle hatten sich auf irgendeine Weise bei den unter dem Protektorat der Sowjets hausenden deutschen kommunistischen Schergen mißlieblich gemacht. Auch wahllos auf der Straße aufgegriffene Flüchtlinge waren darunter. Zehntausende Verhungerter und an Krankheiten (Seuchen) Verstorbene liegen in unmittelbarer Nähe dieser Stätten verscharrt, an denen keine Gedenkmal errichtet wurde, um sich der Opfer der „Befreiung“ zu erinnern.

Mit freundlichem Gruß  
 G. Tauschwitz  
 Mering

dieser sich „christlich“ nennenden Partei noch alles zu erwarten haben!  
 Mit freundlichen Grüßen  
 E. von Löbbecke,  
 Kronberg

## Elbe-Grenze

**Sehr geehrte Damen und Herren,**  
 ausgezeichnet, was Ihr Herr Conrad über den wahren Sachverhalt der Elbegrenze schreibt.

Die SPD braucht für Nordrhein-Westfalen Wahlmunition auf der einen Seite. Andererseits wissen die sogenannten Strategen in der Bonner SPD-Baracke ganz genau, daß diese Grenze bei Kriegsende von den Besatzungsmächten festgelegt wurde. Da kann auch kein Politologe etwas ändern. Dieser Herr Schröder, der das Gutachten erstellte, sollte sich seine Studiengelder wieder zurückgeben lassen.

Mit freundlichen Grüßen  
 H. Klippert,  
 Neubulach

**Sehr geehrte Damen und Herren,**  
 die Grenze in der Elbmitte? Bei Unfällen oder einer Flucht eines Mitteldeutschen können und müssen die westdeutschen Zollboote, Sportboote und Schiffsbesatzungen auf der Elbe nach geltendem Recht Hilfe leisten.

Die westdeutschen Zollbeamten usw. werden bei einer Verletzung der Grenze zur Flußmitte bei der gebotenen Hilfeleistung unter Beschuß geraten oder wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagt.

Auf die Anklagebank gehören aber

## Wort des Tages

„In einer Sache schweigen, über die alles klatscht, über Menschen und Einrichtungen ohne Feindschaft lächeln, das Minus an Liebe im Kleinen und Privaten bekämpfen; das sind allerlei Wege, die man gehen kann.“

Hermann Hesse; dt. Autor und Nobelpreisträger (1877-1962)

dann, wegen grober Fahrlässigkeit, die Verursacher - der Gutachter der SPD und die Herren der SPD - die diese Verlegung der Grenze fordern.

Der Bundesvorstand der SPD und Herr Dr. Vogel sind gefordert, sich zu distanzieren, wenn sie nicht wegen Beihilfe mit auf die Anklagebank kommen wollen.

Solange kein freier, ungehinderter Verkehr an der Zonengrenze möglich ist, die Streifenboote der DDR auf der Elbe vor jeder Fahrt sogar einen „Kampfauftrag“ erhalten, und jeder DDR-Grenzer schießen darf und soll, könnten die Verursacher einer Verlegung der Grenze zur Strommitte zum Schreibtischläufer werden. Das Bundeskanzleramt ist gefordert, dies zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen  
 H. Geerds,  
 Zernien

## Unersättlich

„Eine gut gemachte Meinung“; WELT vom 28. März

**Sehr geehrte Damen und Herren,**  
 in seinem ausgezeichneten Leitartikel beschränkt sich Peter Gillies mit den Ermahnungen des BDI-Präsidenten Langmann an die CDU. Dem kann man nur voll zustimmen.

Ich meine aber, daß noch eine Mahnung hinzugefügt werden müßte. Eine Ermahnung aus der Sicht der den Staat durch Fleiß, Tüchtigkeit und Sparsamkeit wahrhaft tragenden Bürger - letztlich an alle Politiker: Unterlaßt es künftig, das Einkommen der Bürger - praktisch grenzenlos - als politische Manövrierkasse zu betrachten. Unterlaßt es künftig, das den Bürgern Weggenommene als Eure Geschenke großzügig zu verteilen. Die hier zum Ausdruck kommende Mißachtung der Leistungsträger ist unerträglich.

Ich möchte eine Warnung hinzufügen: Durch die Unersättlichkeit der öffentlichen Hand ist die Schicht der Dupierten erheblich geworden. Sie würde eine starke politische Kraft darstellen, wenn das Bewußtsein der gemeinsamen Lage geweckt würde. Eine Kraft, an der niemand vorbeigehen könnte. Wo ist der Mann, der diese Tat vollbringt?

Mit freundlichem Gruß  
 G. Albers,  
 Hamburg 90

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## Personalien

### GEBURTSTAG

**Friedrich Schäfer**, langjähriger innenpolitischer Experte der SPD-Fraktion begibt am 6. April seinen 70. Geburtstag. Das Rüstzeug für seine parlamentarische Arbeit hatte er sich in mehreren Stationen des öffentlichen Dienstes erworben. 1946 begann er als Regierungsassessor beim Landrat von Biberach (damals Fritz Erler, später führender sozialdemokratischer Bundespolitiker). Im seinerzeitigen Staat Südwürttemberg-Hohenzollern leitete Schäfer das Staatskommissariat für Flüchtlingswesen und anschließend die Landespolizeidirektion. 1957 kam er erstmals in den Deutschen Bundestag. Dort war er von 1961 bis 1965 einer der parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion. 1965 bis 1967 leitete er den Bundestagsausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. 1967 bis 1969 amtierte er als beamtetes Staatssekretär im Bundesratsministerium. 1969 kehrte er in den Bundestag zurück, dem er bis 1980 angehörte. Er wurde stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender (1969 bis 1980), Vorsitzender des Innenausschusses (1969 bis 1976), des Steiner-Wiand-Untersuchungsausschusses (1973/74) und der Enquete-Kommission Verfassungsreform.

### UNIVERSITÄT

Professor Dr. Jürgen Bloech von der Universität Göttingen erhielt einen Ruf auf die Universität Münster auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre.

Professor Dr. Gottfried Huttner von der Universität Konstanz hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Strukturchemie an der Universität Heidelberg erhalten.

Der stellvertretende Direktor der Firma F. Hoffmann-La Roche & Co. AG, Basel, und Honorarprofessor der Universität Heidelberg, Professor Dr. Hermann Bujard, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Molekularbiologie am Zentrum für Molekulare Biologie in Heidelberg erhalten.

Professor Dr. Franz Bender, Direktor der Medizinischen Klinik und Poliklinik der Universität Münster,

wurde vom Vorstand der American Heart Association in den neugegründeten internationalen Beirat der Gesellschaft in Dallas gewählt.

### AUSZEICHNUNGEN

Der Leiter der Abteilung Wirtschaftsförderung des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Dieter Güth, ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der Präsident des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Dr. Hans Rammer, betonte in seiner Laudatio für Güth, daß dieser sich nicht nur durch seine hauptberufliche Tätigkeit in der Wirtschaft Respekt und Anerkennung erworben habe, sondern darüber hinaus sich im Interesse des Gemeinwohls sehr engagiere. Güth ist ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht in Frankfurt am Main.

Der von der Gema-Stiftung jährlich verliehene „Ernst-Fischer-Preis“ für Nachwuchskomponisten der gehobenen sinfonischen Unterhaltungsmusik wurde in diesem Jahr in der Gesamthöhe von 20 000 Mark an drei Gewinner vergeben: Den mit 10 000 Mark dotierten 1. Preis erhielt Florian Poser für sein Werk „St. Mountain“, der 2. Preis mit 6000 Mark ging an Gerd Wilden für „Valse des Halles“ und Annegret Klemm erhielt für ihre Komposition „Die Geheimnisse des Grafen Cagliostro“ den mit 4000 Mark dotierten 3. Preis.

Der mit 18 000 Mark dotierte spanische Übersetzerpreis „Premio Nacional de Traducción a Otras Lenguas“ wird während der „Deutschen Buchwoche“ (vom 3. bis 7. Juni in Madrid) an Fritz Vogelsang übergeben. Vogelsang erhält den spanischen Preis für seine Übersetzung des Autors Valle-Inclan.

Für die vom Südwestfunk ausgestrahlte Sendung „Die gucken einen an mit großen Augen“ hat die Autorin Bärbel Döhning den Hörfunkpreis der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsvereine erhalten. In ihrem ausgezeichneten Beitrag hat sie die Situation der Kinder von alkoholkranken Vätern und Müttern eindringlich dargestellt. Der mit 5000 Mark dotierte Preis

wird jährlich für die beste Sendung mit einem sozialen Thema verliehen.

Der Deutsche Jagdschutzverband (DJV) wird mit seinem erstmals in diesem Jahr vergebenen Naturschutzpreis den ehemaligen nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsminister Dr. Diether Deneke (SPD) auszeichnen. Der Preis wird anlässlich des ersten Bundesjägartages in der Bundesrepublik Deutschland am 4. Mai in Kassel überreicht.

### EHRUNGEN

Professor Dr. Johann Baptist Metz, Direktor des Seminars für Fundamentalthologie der Universität Münster, wurde während einer Gastprofessur in den USA zusammen mit Professor H. G. Gadamer aus Heidelberg mit der „Joseph-Coolidge-Medaille“ des Boston College für Verdienste um den internationalen theologischen Ausgleich ausgezeichnet.

Die höchste Auszeichnung, die die Stadt Mönchengladbach zu vergeben hat, den Ehrenring, erhält der Ende Februar dieses Jahres in den Ruhestand getretene langjährige Leiter des Städtischen Museums Abteiberg Mönchengladbach, Professor Dr. Johannes Cladders.

Professor Dr. Joachim Wollasch, Direktor des Historischen Seminars und des Instituts für Frühmittelalterforschung der Universität Münster, wurde zum korrespondierenden ausländischen Mitglied der „Société Nationale des Antiquaires de France“ gewählt.

Professor Dr. Ludwig Hempel, Hochschullehrer am Institut für Geographie der Universität Münster, wurde in das wissenschaftliche Komitee der „Mediterranean Scientific Association of Environmental Protection“ berufen.

### ERNENNUNG

Rudolf Schmitz, Hamburg, ist vom Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) zum neuen Leiter der Abteilung internationaler Verkehr im „Haus des Straßenverkehrs“ in Frankfurt am Main ernannt worden.

## Was ist eine „Normalfrau“?

„Auf der Suche nach der Normalfrau“; WELT vom 22. März

**Sehr geehrte Damen und Herren,**  
 als „Nur“-Ehefrau und Gehilfe meines Mannes, als „Nur“-Mutter unserer Kinder und als „Nur“-Hausfrau, als eine der vielen Frauen, die mit ihrer Familie diesen grundgesetzlich verfaßten Staat überhaupt erst ermöglichte, habe ich mit Staunen den Bericht vom Parteitag der sich immer noch „christlich“ nennenden Partei gelesen, von der unüberbithbaren Arroganz ihres „Generalsekretärs“ und seiner Funktionärinnen, pardon: „CDU-Damen“!

Danach bin ich nur ein „Rollen-Spieler“, eine „Schauspielerin“, ohne selbstbewußtes eigenes Leben, ein primitives „Heimchen am Herd“, ein bedauernter Primitivling, dem die hoheitliche Funktionärskaste jegliche menschliche Achtung versagen muß, die sie sonst jedem „Azubi“ entgegenbringt. Aber schon Karl Marx schrieb: „Die Frau wird erst dann zum wahren Menschen, wenn sie aus der Reproduktion (Familie) in die (industrielle) Produktion überführt wird.“ Oder, nach M. Horkheimer:

„Die Emanzipation der Frau ist ihre Durchdringung zur Waffengattung des Sozialismus.“

Etwas ehrlicher und unverschleierte lautet der „Leitartikel“ der „christlichen“ Partei: Weg vom Grundgesetz, weg von unserer christlich geprägten Kultur, weg von der Familie als Grundlage eines jeden Volkes, hin zum gott- und seelenlosen sozialistischen Kollektiv des Ostblocks. Oder man will sogar den Genozid unseres Volkes, der sich schon anbahnt? Der Herr „Generalsekretär“ hat insoweit ja schon manche erstaunliche Äußerungen von sich gegeben.

Den „CDU-Damen“ kann ich als primitives „Heimchen am Herd“ nur empfehlen, das Buch ihrer früheren Mitstreiterin Ursula Erler „Zerstörung und Selbstzerstörung der Frau“ (Seewald-Verlag) zu lesen - ehe sie unsere Töchter auf die Telegraphenmasten und an die Stanzmaschinen jagen, damit einige Funktionärinnen ihr Süppchen kochen können.

Vielen Dank für den Bericht. Jetzt wissen wir christlichen Frauen und Familien wenigstens, was wir von

### AUSTIN ROVER



### Frage an Austin Rover:

„Ich suche ein Auto für meinen Mann. Ist das ungewöhnlich? Ich habe da so einen eigennütigen Hintergedanken. Mein Mann ist viel unterwegs, auf Autobahnen, in Hotelzimmern, auf Konferenzen, Messen usw. Auch die teuren Hotelzimmer sind oft nicht gemächlich; die Konferenzen lang und anstrengend; die Messen zugig und mit viel Laufen verbunden. Und dann über die Autobahn nach Hause. Er kommt an, ist gerädert, müde. Der Job hat ihn geschafft. Was ist geworden aus dem ehemals jungen, dynamischen, fröhlichen Sunnyboy? Ich möchte gern, daß er etwas relaxter nach Hause kommt. Vielleicht kann da ein besseres Auto helfen.“

Wissen Sie eins? Ich würde am Wochenende auch gerne damit herumfahren.“

### Antwort von Austin Rover:

## „Der Rover Vanden Plas“

Wir bauen schon seit längerem Autos um das Problem herum, das Sie uns beschrieben haben. Hier in Kürze, was ein Austin Rover-Händler in Ihrer Nähe Ihnen in aller Ausführlichkeit zeigen kann: Sie öffnen die Fahrertür des großen Rover, streichen beim Einsteigen über das Walnußholz in der Tür und setzen sich auf den sehr bequemen Sitz hinter dem verstellbaren Lederlenkrad.

Sie drehen den Zündschlüssel.

Die acht Zylinder des V8-Leichtmetallmotors (3,5l Hubraum)

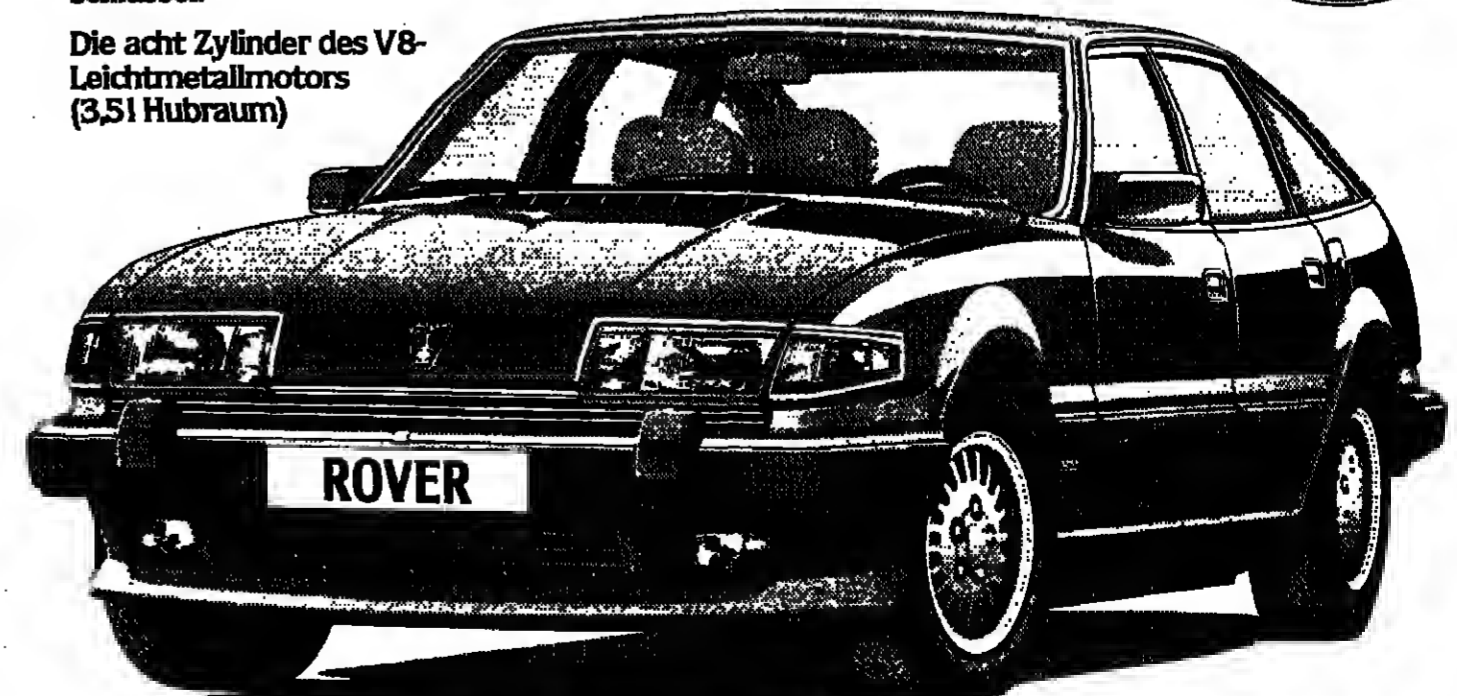
beginnen zu surren. 157 Pferde laufen sich warm.

Keine Angst. Mit den von innen belüfteten Scheibenbremsen können Sie sie sehr gut zügeln. Der moderne Motor zügelt auch Ihren Durst: 7,3 l/90 km/h; 10,1 l/120 km/h; 16,7 l/ Stadtverkehr (Verbrauch nach DIN 70030 in l Super). Wenn die Niederquerschnitt-Reifen sich zu drehen beginnen, denken Sie an Ihren Mann, wie er entspannt in diesem Auto von seiner Reise wieder zu Ihnen nach Hause kommt. Erzählen Sie ihm davon. Der starke Bruder des Rover Vanden Plas heißt

Rover Vitesse: 193 PS, tiefhängendes Sportfahrwerk, Front- u. Heck-Spoiler, Spezial-Sportsitze.

PS: Einen neuen Rover finanziert Ihnen Ihr Austin Rover-Händler gern. Zu 3,9% Jahres- Effektivzins durch die AKB (Absatzkreditbank) bei 25% Anzahlung.

Ihre Austin Rover Deutschland GmbH, Am Fuchsberg 1, 4040 Neuss 1, Tel.: 02101/3810.



**ROVER**  
 VON AUSTIN ROVER





Boom bei Plastikgeld

In London - Ausländern, die in London ihre Einkäufe in bar bezahlen, passiert es immer wieder, daß sie erstaunt oder gar mißtrauisch gemurmelt werden.

Logisch?

Die - Der Mann, der im Medizinbetrieb die höchsten Kosten verursacht, wird weiterhin nur unzureichend ausgebildet bleiben: der Allgemeinmediziner, der in der Regel als Hausarzt tätig ist.

Verwirrende Preissprünge

Von LEO FISCHER

Die zeitweise, gerade in der letzten Woche, erratischen Kursbewegungen an den Devisenbörsen haben auch an den Weltrohstoffmärkten ihre Spuren hinterlassen.

gen in Utah und der zweitgrößte Hersteller Phelps Dodge seinen Betrieb in Arizona stilllegen werden.

SCHLESWIG-HOLSTEIN / WELT-Gespräch mit Minister Jürgen Westphal

Mittelständische Struktur bietet Chancen für notwendige Anpassung

Ich lehne es ab, von einem Nord-Süd-Gefälle zu sprechen", erklärte der schleswig-holsteinische Minister für Wirtschaft und Verkehr, Jürgen Westphal (CDU), in einem Gespräch mit der WELT.

Technologietransfer gezielt zu fördern: "Wir können keine Technologiepolitik auf der grünen Wiese betreiben." Er will die Eigenkräfte in der Region entwickeln und bündeln.

Zur Entwicklung in seinem Bundesland verweist Westphal auf die gute Position im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. So sei das Bruttoinlandsprodukt von 1970 bis 1982 in der Bundesrepublik real um 31,7, in Schleswig-Holstein aber um 38,1 Prozent gestiegen.

Zumindest in dieser Hinsicht sieht Westphal negative Einflüsse der Nachbarstaaten: Die ungünstigen Durchschnittswerte für die norddeutsche Region, zum Beispiel bei Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Steuerkraft, werden ganz wesentlich von der schwierigen Situation in den beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg (und Nordrhein-Westfalen, das in diesem Zusammenhang auch zur Nordregion gerechnet wird) mitbestimmt.

Dagegen würde sich Westphal eine positivere Entwicklung der benachteiligten Hansestadt wünschen. Denn Schleswig-Holstein könne nur davon profitieren, wenn Hamburg sich davon distanzieren würde.

US-AKTIENMÄRKTE

Positive Faktoren wurden von der Börse ignoriert

Die gute Stimmung, die Präsident Ronald Reagan bei seinem Besuch der Wall Street in der letzten Woche zur Schau trug, sprang auf die Börsen an der New York Stock Exchange nicht über. Zu viele negative Faktoren beherrschten derzeit den Markt.

Nach dem 20-Punkte-Gewinn bei der Vorwoche gab der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte an den letzten fünf Börsentagen allerdings nur um 0,67 auf 1266,78 Punkte nach.

Vor allem der Gewinnrückgang bei IBM, deren Aktien der Dow-Jones-Index erheblich zu beeinflussen pflegen, hat den Markt verunsichert und die Anleger für die weiter anstehenden Gewinnveröffentlichungen der nächsten Tage skeptisch gestimmt.

AUF EIN WORT



Aufwertungserwartungen der D-Mark gegenüber dem Dollar können wir nur dauerhaft fördern, indem wir die Effizienz unserer Wirtschaft steigern und unser Kosten- und Preisniveau stabil halten, nicht jedoch, indem wir versuchen, über Zinsanreize Kapital in die D-Mark zu locken.

US-KONJUNKTUR

Indikatoren signalisieren ein langsames Wachstum

H.-A. SIEBERT, Washington - In den USA pendelt sich das wirtschaftliche Wachstumstempo auf historischem Niveau ein. Das signalisieren die führenden Konjunkturindikatoren, die im Februar um 0,7 Prozent gestiegen sind, verglichen mit 1,5 Prozent im Vormonat.

bereinigte Geldversorgung und Kapitalgüteraufträge. Die letzteren - plus 1,02 Prozent - geben ein unklares Bild, weil sie überdurchschnittliche Rüstungsaufträge und Baugenehmigungen enthalten.

Was das Februarplus noch erheblich relativiert, sind die "Einzelposen". So zeigten nur fünf von zehn verfügbaren Indikatoren nach oben, und zwar die Lieferzeiten, Firmengründungen, Aktienkurse, inflations-

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das bewegliche Vermögen der privaten deutschen Haushalte - beispielsweise Auto, Fahrrad, Schrankwand, Polstergarnitur, Videorecorder, Schilfring oder Perfektur - hat heute mehr als je zuvor auf einen Schlag zugenommen, einen Wert von 686 Milliarden Mark. Das sind 27 000 Mark pro Haushalt.

MEXIKO

Zwanzig Milliarden Dollar sind schon umgeschuldet

Mexiko und Vertreter von über 600 internationalen Gläubigerbanken haben am Freitag in New York die erste Tranche eines langfristigen Umschuldungsprogramms in Höhe von insgesamt 48,7 Mrd. Dollar unterzeichnet.

Schulden, die ursprünglich zwischen August und Dezember fällig gewesen waren, und eines mittelfristigen Kredits in Höhe von fünf Milliarden Dollar, der im März 1983 gewährt wurde.

Das zweite Abkommen, dessen Grundlinien bereits vereinbart wurden, soll im zweiten Halbjahr 1985 in Einzelverträgen zwischen den Gläubigern und den 52 größten Staatsunternehmen Mexikos unterzeichnet werden. Es betrifft 20,1 Mrd. Dollar, deren Rückzahlung zwischen 1985 und 1990 fällig wird.

VERMÖGENSBILDUNG / Union will Bausparen stärker fördern - Kritik der FDP

Bauwirtschaft soll angekurbelt werden

Die beiden Koalitionsfraktionen wollen sich bis Ende April über die zweite Stufe der Vermögensbildung verständigen. In einer gemeinsamen Entscheidung sollen dann der Bundesregierung Vorgaben für ein Gesetz gemacht werden.

Fallhäuser. Vielmehr gehe es darum, den Tarifpartnern eine breite Palette von Anlageformen anzubieten. Dazu zählt der CSU-Politiker auch indirekte Beteiligungsmöglichkeiten an Unternehmen. Fallhäuser setzt hier vor allem auf Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die Aktien an das Publikum ausgeben sollen.

Reagan schickt Vermittler

Washington (Sbt.) - Um einen handelspolitischen Schlagabtausch mit Japan zu vermeiden, hat Präsident Reagan Gaston Sigur, dem dem Stab des Nationalen Sicherheitsrates angehört, nach Tokio entsandt.

Auslieferung beschlossen

Frankfurt (rt) - Der ehemalige Chef des Anfang 1983 enteigneten spanischen Rumasa-Konzerns, José Ruiz Mateos, darf nach einer Entscheidung des Frankfurter Oberlandesgerichts (OLG) in Spanien ausgeliefert werden.

Abkommen mit der UdSSR

Peking (WVD) - Die VR China und die UdSSR wollen im Juni ein langfristiges Handelsabkommen unterzeichnen. Der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng hat erklärt, China strebe mit Moskau freundschaftliche Beziehungen an, jedoch kein Bündnis. Die sechste Runde der Normalisierungsgespräche beider Regierungen beginnt am 9. April in Moskau.

Dollar-Euroanleihe

London (WVD) - Eine Anleihe über 100 Mill. Dollar legt das Königreich Dänemark über Goldman Sachs International Corp. auf den Eurokapitalmarkt auf. Bei einem Kupon von 11 1/2 Punkte. Die an der Luxemburger Börse amtlich notierten Bonds im Nennwert von 5000 Dollar können bis zum 2. April bezeichnet werden. Valutierungstermin ist der 10. April.

Verlängerung genehmigt

Bonn (dpa/WVD) - Kurze Butterfahrten (ohne Anlaufen eines ausländischen Hafens) sollen erst vom 1. Oktober 1985 und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, vom 1. Juni an gestoppt werden. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, hat Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) der von den Küstenländern vorgeschlagenen Verlängerung zugestimmt. Die Länder hätten darauf verwiesen, die meisten betroffenen Unternehmen benötigten genügend Zeit für Betriebsumstellungen.

Zinserhöhung in China

Peking (dpa/WVD) - Die chinesische Zentralbank in Peking hat die Erhöhung der Zinssätze für Kredite sowie Spareinlagen mit Wirkung vom 1. April bekanntgegeben. Danach steigen die Zinsen für die als freies Betriebskapital verwendbaren Anleihen von gegenwärtig 7,2 auf knapp acht Prozent jährlich. Auch die Kreditzinsen für die meisten Anlageninvestitionen sollen, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete, angehoben werden. Die Zinserhöhung ist die erste Reaktion auf die beim in Peking tagenden Volkskongress vielfach geäußerte Kritik an der zu lockeren Geld- und Finanzpolitik des vergangenen Jahres.

Vorbedingung abgelehnt

Washington (Sbt.) - Wenn die EG nicht nachgibt, fällt die geplante Liberalisierung im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) aus. Auf amerikani-

Table with columns: Rohstoffe, Börse, Einheit, Ende März 1985, Ende Februar 1985, Hoch 1985, Tief 1985. Rows include Kupfer, Zink, Blei, Zinn, Aluminium, Nickel, Gold, Silber, Platin, Weizen, Mais, Kakao, Kaffee, Zucker, Sojabl, Baumwolle, Schweißwolle, Kantschnik.

ENERGIEAGENTUR / Wettbewerb durch Opec-Ölprodukte

Protektionismus hilft nicht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Den Raffinerien der westlichen Industriestaaten drohen neue Gefahren. Nachdem sie ihre Kapazitäten wegen des rückläufigen Ölverbrauchs und aus strukturellen Gründen stark reduzieren mußten - in der Bundesrepublik wurde seit 1978 ein Drittel der Raffinagekapazität stillgelegt - werden in den nächsten Jahren zuneh-

einer der drei Verbraucherblöcke (EG, Nordamerika und Japan) die Einführen, gerieten die Raffinerien der übrigen IEA-Zone in große Schwierigkeiten. Auf offenen Märkten könnte das zusätzliche Angebot dagegen vermarktet werden.
Nach Berechnungen der IEA wird die Raffinagekapazität allein der Opec-Staaten zwischen 1984 und 1988 um zwei auf 7,3 Mill. Barrel (Faß) täglich steigen. Demgegenüber dürfte der heimische Verbrauch dieser Staaten nur um 0,6 auf 3,7 Mill. Faß zunehmen und Anfang der neunziger Jahre etwas über vier Mill. Faß erreichen.

Davon ausgehend, daß die neuen Kapazitäten zu 80 Prozent ausgenutzt werden, könnte also der Ölproduktionsexport der Opec bis 1988 um etwa eine Million Faß täglich gesteigert werden. Das wären 50 Prozent mehr als die Opec gegenwärtig an Produkten exportiert. Von diesen Exporten gehen zwei Drittel in die westlichen Industriestaaten (OECD).

Demgegenüber erreicht der Ölproduktionsverbrauch der OECD gegenwärtig 35 Mill. Faß täglich. Er wird sich nach IEA-Schätzung bis 1990 aber nur um drei Prozent erhöhen und bis zum Jahre 2000 auf das Niveau von 1983 zurückfallen. Die Ölproduktionsimporte (auch aus anderen Drittländern) würden den Markt der OECD-Zone zunehmend belasten.

Andererseits schließt Frau Steeg eine Verknappung des Rohöls für den Beginn der neunziger Jahre nicht aus. Denn dann würde die Ölproduktion in der Nordsee zurückgehen und der Ölbedarf der Entwicklungsländer zunehmen. Das Raffinierungsproblem der westlichen Industriestaaten droht sich also auch von dieser Seite bemangels Rohöl - zu verschärfen.

Die Hoffnung der Raffinerien, daß der Benzinverbrauch mit der Einführung des umweltfreundlichen Autos steigt, teilt Frau Steeg nicht. Die derzeit verfügbaren Katalysatoren würden zwar mehr (bleifreies) Benzin schlucken. Aber die Erfahrungen in den USA und in Japan hätten gezeigt, daß durch neue Technologien Einsparungen möglich sind.

Nachdem das Antikriseninstrumentarium der IEA ständig in Takt gehalten wird, bemüht sich Frau Steeg um die fortschreitende Koordinierung der Energiepolitik der Mitgliedstaaten und um die Entkrampfung der Beziehungen zwischen der IEA und der Opec.

JAPAN / Bei Unternehmen bricht das China-Fieber aus - Exporte stark gestiegen

Zahlreiche Kooperationen vorgesehen

FRED de LA TROBE, Tokio
In der japanischen Industrie hat sich ein China-Fieber ausgebreitet, das der spektakuläre Exporterfolg des Inselreichs in der Volksrepublik ausgelöst hat. Weite Handelskreise in Tokio erwarten schon, daß China in nicht allzu langer Zeit nach den USA zum zweitgrößten Handelspartner Japans aufsteigen wird. Ein ähnlicher Boom herrschte in Japan schon 1979-80; damals wurden aber zahlreiche mit den Japanern beschlossene Projekte einseitig storniert, das Verhältnis kühlte wieder ab. Inzwischen hat sich jedoch die chinesische Wirtschaftslage wesentlich gebessert.

Die japanischen Exporte nach China stiegen 1984 um 47 Prozent auf 7,2 Mrd. Dollar, die Importe von dort nahmen um 17 Prozent auf 5,6 Mrd. Dollar zu. Sprunghaft erhöhten sich vor allem die Lieferungen Japans von langfristigen Verbrauchsgütern mit Unterhaltungselektronik und Elektrogeräten an der Spitze. Die Ausfuhren von Farbfernsehern vereinfachten sich auf 2,5 Mill. Apparate. Die Exporte von Waschmaschinen stiegen um das dreifache auf 7,5 Mill., auch bei Kühlschränken, Tonbandgeräten, Taschenrechnern und Videokameras wurden erstaunliche Zunahmen erzielt.

Die japanischen Lieferungen von Eisen und Stahl, traditionell die größte Ausfuhrposition im China-Handel, wuchsen 1984 um 16 Prozent auf 8,8 Mill. Tonnen. Damit war die Volksrepublik der größte Abnehmer in diesem Bereich vor den USA. Die Kraftwagenexporte erhöhten sich um das vierfache auf 84 600 Fahrzeuge. Davon waren zwei Drittel Lastwagen und Busse, der Rest Personenkraftwagen. Die Motorradausfuhren stiegen von 1600 Maschinen 1983 auf 186 000 im vergangenen Jahr.

Nach fünf Jahren der Zurückhaltung investiert die japanische Industrie auch wieder mehr in China. Bis Ende vergangenen Jahres hatten die Unternehmen aus Japan 28 Joint ventures mit chinesischen Partnern gegründet und dafür rund 50 Mill. Dollar aufgewendet. Einige Firmen, auf der Suche nach billigen Arbeitskräften, schlossen Werke in Südkorea oder Taiwan und eröffneten dafür Betriebe neu in der Volksrepublik.

Beispiele neuer Investitionen, die seit Beginn dieses Jahres rasant zugenommen haben, sind ein Joint Venture zwischen Sanyo und Huanggang Janu Electric in Shenzhen zur Produktion von Farbfernsehern, der Bau eines 27stöckigen Hotels in Shanghai seitens der Aoki Construction unter

Mitwirkung der Shanghai Pacific Hotel, der 60 Mill. Dollar kosten wird oder die Anlage eines Ferienzentrums auf der Insel Hainan bei Kosten von 25 Mill. Dollar, bei dem die Firma Kajimo Corp. zusammen mit zwei anderen japanischen Unternehmen mitwirken wird.

Die Modernisierungspläne Chinas legen besonderen Nachdruck auf den Bau neuer Kraftwerke. Der 1986 beginnende 7-Jahresplan will die Stromkapazität jährlich zwischen 7 Mill. und 10 Mill. Kilowatt erhöhen. Die japanischen Produzenten benötigen Anlagen verhandeln mit den Chinesen über den Bau neuer Werke.

Auch bei großen Infrastrukturprojekten wirken japanische Unternehmen mit. Bei der Entwicklung des Kohlebergbaus in der inneren Mongolei sind die Nippon Steel Corporation und das Handelshaus C. Itoh als Koordinatoren tätig. Beim Bau einer 240 Kilometer langen Autobahn zwischen Guangzhou, Shenzhen und Zhukai ist die Handelsfirma Kanematsu Goshu zusammen mit der Regierung von Hongkong und der Provin Guangzhou maßgeblich beteiligt. Mit Abkommen über technischen Beistand und Joint ventures ist die japanische Autoindustrie in China engagiert. (SAD)

BERENBERG BANK / Mehrere Beteiligungen veräußert

Das Geschäft wächst stetig

JAN BRECH, Hamburg
Die Hamburger Privatbank Joh. Berenberg, Gossler & Co hat im Berichtsjahr 1984 ihr stetiges, qualitätsorientiertes Wachstum fortgesetzt. Die Bilanzsumme weitete sich um 6,4 Prozent auf 1,6 Mrd. DM aus, das Geschäftsvolumen um 5,9 Prozent auf 2,1 Mrd. DM. Nach Angaben der persönlich haftenden Gesellschafter Joachim H. Wetzel, Peter Freiherr von Kapherr und Joachim von Berenberg-Consbruch hat sich parallel zur Geschäftsentwicklung das Ergebnis in allen Sparten „erfreulich“ entwickelt.

Konkrete Angaben werden zum Ertrag nicht gemacht. Die Verbesserung des Betriebsergebnisses, so Wetzel, sei überproportional zum Wachstum der Bilanzsumme, und der Zinsüberschuß überdeckte trotz einer von 2,25 auf 2,10 Prozent verringerten Zinsmarge den Verwaltungsaufwand deutlich. Auf hohem Niveau weiter gestiegen sei ferner das Provisionsaufkommen im Außenhandelsbereich und aus dem Vermögensverwaltungs- und Beratungsgeschäft. Die Zahl der für Privatkunden und institutionelle Anleger verwalteten Depots erhöhte sich um 17 Prozent, das verwaltete Volumen um 27 Prozent.

Das Kapital der Bank ist wie in den vergangenen Jahren um fünf Prozent auf jetzt 80 Mill. DM erhöht worden. Die Kapitalquote beträgt 4,94 Prozent und soll auch künftig bei rund 5 Prozent gehalten werden. Bei einem für 1985 geplanten Wachstum von sechs Prozent dürfte aus dem Gewinn dieses Jahres das Kommanditkapital wieder um 5 Mill. DM erhöht werden.

Trotz insgesamt verhaltener Kreditnachfrage der traditionellen Außenhandelskundschaft sei es der Bank gelungen, im Verlauf des Jahres das überwiegend kurzfristige Kreditgeschäft zu beleben und neue Kunden zu gewinnen, erklärte Wetzel. Das Volumen stieg um 3,6 Prozent auf 1,3 Mrd. DM. Im Passivgeschäft blieb die überdurchschnittlich gute Bilanzstruktur erhalten. Von den Gesamteinlagen entfielen 61 auf Kundeneinlagen und 39 Prozent auf Bankengelder.

Veränderungen hat es bei den Beteiligungen der Bank gegeben. Nach Angaben von Wetzel ist ein ganzes Bündel kleinerer Beteiligungen veräußert worden, darunter als einziges größeres Engagement ein Anteil von 10 Prozent an der Ibero-Amerika Bank AG, Bremen. In der Bilanz verminderte sich die Position Beteiligungen um rund 2 Mill. DM.

Wenn Sie über das Sportgeschehen orientiert sein wollen: DIE WELT
Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

WÜRTTHYPO / 22 Prozent Dividende plus Bonus

„Ein Jahr der besseren Sorte“

WERNER NETZEL, Stuttgart
Für die Württembergische Hypothekbank AG, Stuttgart, war das Geschäftsjahr 1984 nach Worten von Vorstandsmitglied Hans Walter Schmidt ertragsmäßig „eines von der besseren Sorte“. Der erweiterte Zinsüberschuß, also Zins- und Einmalüberschuß zusammengerechnet, stieg um 13 Prozent auf 86,6 Mill. DM. Das Betriebsergebnis verbesserte sich um 15,6 Prozent auf 62,8 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 17,1 (16,7) Mill. DM werden wieder 22 Prozent Dividende gezahlt, zusätzlich gibt es einen Bonus von zwei Prozent. Am Aktienkapital von 27,5 Mill. DM ist die Bayerische Hypothek- und Wechsel-Bank mehrheitlich beteiligt.

Schuldverschreibungen) geben. Wie bei anderen Hypothekbanken auch gingen bei den Darlehensneuzusagen im Berichtsjahr 1984 die Hypotheken um 25 Prozent auf 448 Mill. DM zurück. Im Anpassungsgeschäft standen 554 (667) Mill. DM Hypothekendarlehen zur Verlängerung an. Davon konnten 84 (80) Prozent im Bestand gehalten werden. Das Kommunalgeschäft stieg in Zusagevolumen um 15,5 Prozent auf 717 Mill. DM. Der gesamte Darlehensbestand vergrößerte sich um 5 Prozent auf 9,17 Mrd. DM; die Kommunaldarlehen um 60,1, die Hypotheken um 39,9 Prozent.

In der regionalen Aufteilung des Hypothekbestandes rangiert Baden-Württemberg (33,1 Prozent) vor Nordrhein-Westfalen (27,8 Prozent). Es wurden 2,12 Mrd. DM Schuldverschreibungen (plus 15,2 Prozent) verkauft. Die Bilanzsumme erreichte 9,61 Mrd. DM (plus 5,1 Prozent).

NAMEN

Dr. Ulrich Erdmann, Leiter der Rechtsabteilung der IBM Deutschland GmbH, wurde zum Generalbevollmächtigten ernannt.

Flugkapitän Dieter Uchtdorf (44), der zur Zeit neben seiner aktiven Tätigkeit als Kommandant auf DC 10 den Bereich Cockpit-Besatzungen der Deutsche Lufthansa AG, Köln, leitet, wird mit Wirkung vom 1. Januar 1986 Chefpilot und übernimmt gleichzeitig die Leitung der Direktion Flugbetrieb.

Dr. Willi Lamberts hat den Direktorsposten im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, aufgegeben. Karl H. Pless, Geschäftsführer der Hoechst Boliviana Ltd., wurde zum Präsidenten der Deutsch-Bolivianischen Industrie- und Handelskammer, La Paz, für das Geschäftsjahr 1985/86 gewählt. Vizepräsident wurde turnusgemäß Fernando Anker, Direktor des Banco Mercantil.

RENTENMARKT / Bundesbank stützt Optimismus

Zinsen sind weiter gesunken

Der weitere Rückgang des Dollar und der US-Zinsen hat die freundliche Stimmung verfestigt. Dazu trägt auch das Zinssenkungssignal bei, das die Bundesbank mit einem Wertpapierpensionsgeschäft zum Zins von nur noch 5,7 Prozent gesetzt hat, auf das 15 Mrd. DM zugeteilt wurden. Ebenfalls ein Zinssenkungssignal ist die

Rücknahme des Schatzwechsellankaufszinses von 5,5 auf 5,3 Prozent, mit dem die Bundesbank zu erkennen gibt, daß ihr ein Rückgang des Tagesgeldzinses auf 5,3 Prozent inszenariert worden, darunter als einziges größeres Engagement ein Anteil von 10 Prozent an der Ibero-Amerika Bank AG, Bremen. In der Bilanz verminderte sich die Position Beteiligungen um rund 2 Mill. DM.

Table with columns: Emissionen, 29.3.85, 22.3.85, 28.12.84, 30.12.83, 30.12.82. Rows include Anleihen von Bund, Bahn und Post, Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände, Schuldverschreibungen von Sonderinstituten, etc.

mende Mengen an Ölprodukten aus Drittländern, insbesondere aus der Opec, auf diese Märkte drängen. Die Lösung dieses Problems ist die zur Zeit wichtigste Aufgabe der Internationalen Energieagentur (IEA), Paris. „Vor protektionistischen Reaktionen der Mitgliedstaaten kann ich hier nur eindringlich warnen“, erklärte IEA-Chefin Helga Steig in einem Gespräch mit der WELT. Beschränkt

In Betroffenheit und Trauer nehmen wir Abschied von Paul Cramer Brauereibesitzer \* 12. 8. 1915 † 27. 5. 1985
Sein Lebensinhalt war Liebe zu seiner Familie, Begeisterung für seinen Beruf und Treue zu seinen Freunden.
Nach einem Leben voller Arbeit und Fürsorge wurde mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel von Gott in Frieden heimgeholt. Er wird uns sehr fehlen. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit und Liebe.
Annemarie Cramer geb. Frye, Annemarie Cramer-Hesse geb. Cramer, Albert Cramer und Frau Marianne geb. Süßberg, Günther Müller und Frau Edith geb. Cramer, Jesus Claro-Alvarez und Frau Jutta geb. Cramer, zehn Enkelkinder und alle Anverwandten
4788 Warstein, Wilhelmstraße 15
WARSTEINER BRAUEREI Gebr. Cramer GmbH & Co. KG Inhaber, Geschäftsleitung, Betriebsrat und Belegschaft

Familienanzeigen und Nachrufe können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.
Telefon: Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80, oder - 42 30, Berlin (0 30) 25 91-29 31, Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 u. 5 24
Telex: Hamburg 2 17 001 777 as d, Berlin 1 84 611, Kettwig 8 579 104

FINANZANZEIGE
SCHUBERT & SALZER
Maschinenfabrik Aktiengesellschaft
Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der Donnerstag, den 9. Mai 1985, 10.30 Uhr, in Ingolstadt im Festsaal des Stadttheaters stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen. Der volle Wortlaut der Einladung wurde im Bundesanzeiger Nr. 63 vom 30. 3. 1985 veröffentlicht.

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern
VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE
WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060

Handwritten signature or note at the bottom center of the page.

RHEIN-MAIN RECHENZENTRUM / Software „von der Stange“ für Microcomputer

Auf deutschen Bedarf ausgerichtet

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Das Rhein-Main-Rechenzentrum GmbH & Co. KG, Frankfurt, drittgrößter deutscher Anbieter von EDV-Dienstleistungen...

rund 31 Prozent des westeuropäischen EDV-Software- und Dienstleistungsmarktes aus, 1989 soll sie mit 50 Mrd. DM 48 Prozent erreicht haben.

bislang überwiegend den Mikro-Markt mit Software versorgt. Damit, so hofft er, wird er auch die bisherigen Rechenzentrumskunden halten können.

Dabei setzt Geschäftsführer Bernd Jacke auf einen steil wachsenden Markt. Schon 1983 wurden in der Bundesrepublik 249 Mill. DM mit Software „von der Stange“ für Mikrocomputer umgesetzt...

Beides - die Kenntnis der typischen deutschen Anforderungen und das „Händchenhalten“ - wertet Jacke als klare Wettbewerbsvorteile gegenüber der amerikanischen Konkurrenz, die

Der Praxis des Unternehmens entspricht, ein genehmigtes Kapital von der Hälfte des begebenen Kapitals von 6,6 Mill. DM zur Verfügung zu haben. In den nächsten drei Jahren sollen 16 Mill. DM investiert werden...

Knürr-Mechanik erhöht Dividende

WVD, München

Die Knürr-Mechanik für die Elektronik AG, München, erhöht ihre Dividenden. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung am 14. Mai hervorgeht, sollen aus dem Bilanzgewinn von rund 0,525 (0,186) Mill. DM je Stammaktie 3,50 (zwei) DM und je stimmrechtlose Vorzugsaktie 4,50 (drei) DM gezahlt werden.

Der Praxis des Unternehmens entspricht, ein genehmigtes Kapital von der Hälfte des begebenen Kapitals von 6,6 Mill. DM zur Verfügung zu haben.

INTERFUNK / Rabattspreizung wird angeprangert - Umsatz wie im Vorjahr

Markt bleibt attraktiv und innovativ

WERNER NEITZEL, Sonthofen
Keine schlechten Vorzeichen für das Jahr 1985 in der Branche der Unterhaltungselektronik sieht die Interfunk Einkaufsgenossenschaft europäischer Unterhaltungselektronik- und Haustechnik-Fachbetriebe eG, Ditzingen bei Stuttgart. Der Markt erweise sich weiterhin als attraktiv und innovativ mit großen Zukunftschancen.

strophienjahr“ bezeichnet werden. Der Handel, der in 1982 noch ein betriebswirtschaftliches Minus von einem Prozent erwirtschaftete, mußte nach zwei Prozent in 1983 im vergangenen Jahr ein Minus von 2,6 Prozent hinnehmen.

gen- und Handelsmarken machen bei der „braunen Ware“ rund ein Drittel, in der Haustechnik 15 bis 18 Prozent des Umsatzes aus.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

ADT beantragt Vergleich

Frankfurt (WVD) - Wegen Überschuldung wird der Vorstand der im Markenartikel- und Baugüterbereich tätigen ADT AG, Frankfurt, die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragen und unverzüglich zum 7. Juni dieses Jahres eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen.

Vergleichsverwalter in Hamburg zu erfahren. Das Vermögen der Töchter reiche für einen Vergleich (Mindestquote 35 Prozent) nicht aus.

Afrika-Bank zufrieden

Hamburg (JB) - Die Hamburg-Afrika-Bank AG, Hamburg, wird für das Geschäftsjahr 1984 auf 15 Mill. DM Grundkapital 5 Prozent Dividende ausschütten.

Tuchfabrik Schmitz hat neben den übernommenen Arbeitskräften weitere Mitarbeiter eingestellt. Mit der Tuchfabrik für Damenoberbekleidung hat Schmitz ein zweites Produktionsbein. Der Umsatz von TWS stieg 1984 um 25 Prozent auf über 70 Mill. DM.

Reserven gestärkt

Frankfurt (ed.) - Die auf das Großkundengeschäft spezialisierte Deutsche Länderbank, Tochter der Dresdner Bank, erwirtschaftete 1984 ein Betriebsergebnis von 20,3 (22,1) Mill. DM, von dem nach Risikovor-sorge und deutlicher Dotierung der stillen Reserven ein Jahresüberschuß von fünf Mill. DM verbleibt.

Anschlußkonkurs droht

Hamburg (WVD) - Für die Töchter der in Schwierigkeiten geratenen Baugütergesellschaft Treuwo-AG, Lübeck, die Anfang Februar einen Vergleichsantrag gestellt hat, wird mit aller Wahrscheinlichkeit das Anschlußkonkursverfahren eröffnet werden.

Rheintuch „wieder da“

Düsseldorf (Py) - Die Übernahme der Rheintuch Schwartz & Klein AG, Mönchengladbach, zwei Jahre nach Vergleich und Anschlußkonkurs durch die Tuchfabrik Willy Schmitz (TWS) ist erfolgreich verlaufen.

Wochenschlußkurse

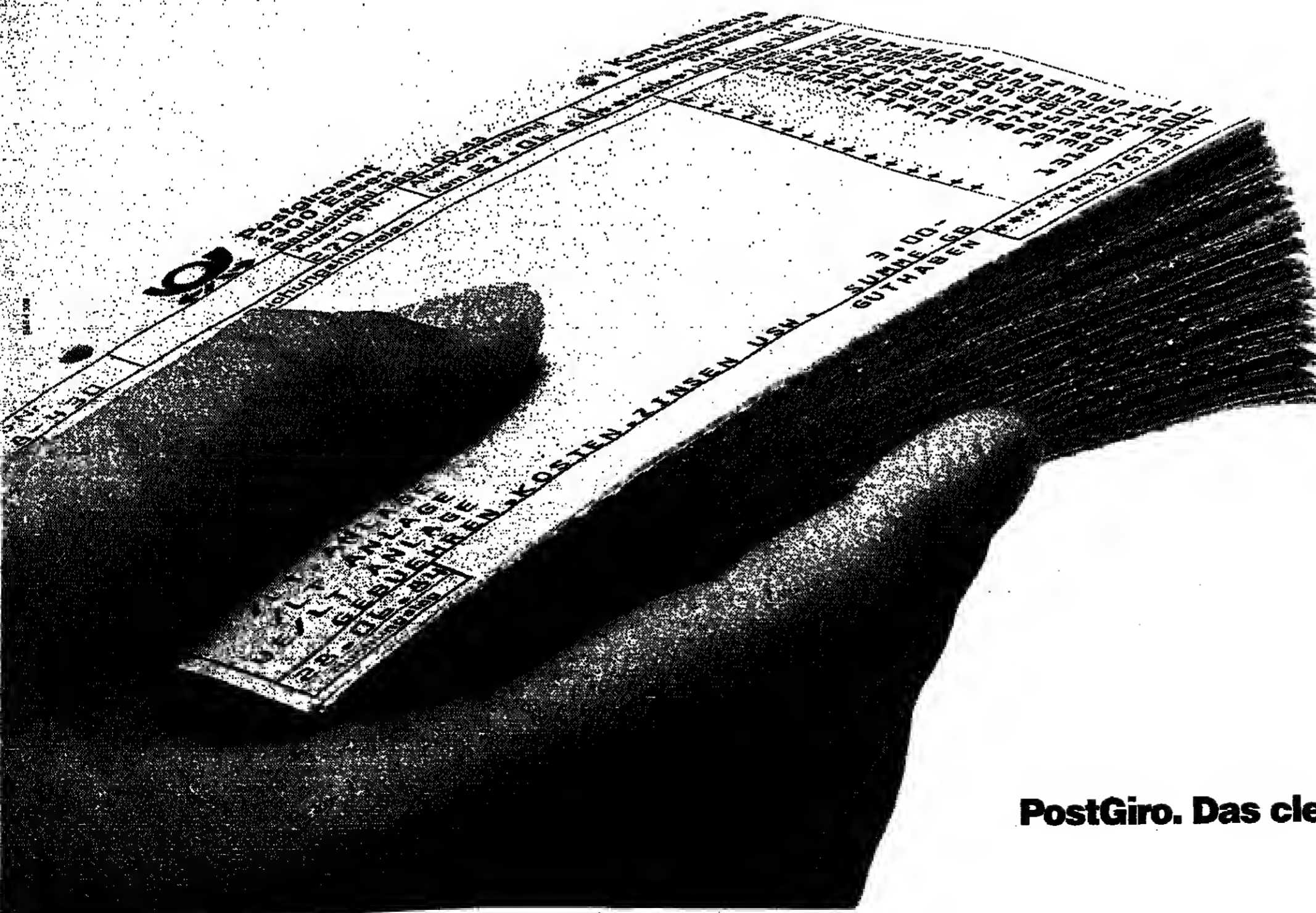
Table with columns for New York, Toronto, and Tokio, listing various stocks and their closing prices.

Wo kaufen Sie eigentlich Ihren Geldverkehr?

Der Geheimtip der Geldprofis heißt

PostGiro:

Geldverkehr mit geringem Geldverzehr.



PostGiro - das ist eine gemeinnützige Aufgabe. Sie ist vom Gesetz definiert. Die allermeisten Menschen brauchen in der Regel nicht mehr als eine perfekt funktionierende, bequeme und sehr preisgünstige Gelddienstleistung beim bargeldlosen Zahlungsverkehr.

PostGiro. Das clevere Konto. Post



2. Liga Hertha BSC muß die Gehälter der Spieler kürzen

Der Berliner Zweitliga-Klub Hertha BSC bittet seine Spieler zur Kas...

DIE ERGEBNISSE Aachen - Kassel 3:0 (1:0) Wattenstedt - Darmstadt 2:2 (2:2)

Table with 2 columns: Team, Goals. Lists results for various clubs in the 2nd league.

DIE VORSCHAU 2. April, 19 Uhr Dinsburg - BW Berlin...

BASKETBALL Agon Düsseldorf: Siegesfeiern sind schon Routine

Sid, Düsseldorf Siegfried und Meisterschaftsfeiern sind für die Basketball-Spielerinnen von Agon 08 Düsseldorf schon fast zur Routine geworden.

Wir trainieren in der Bundesliga für den Europacup. Die einst ebenso kühn wie arrogant anmutende Form...

TISCHTENNIS / Schwache deutsche Leistungen bei der WM in Göteborg „Wir brauchen Leute, die nach einem Fehler auch noch lachen können“

„Es ist schlimm, immer nur auf der Bank zu sitzen und zuzuschauen“, sagt das Mädchen aus dem Banat...

In der Tat: Das zehnköpfige deutsche Aufgebot scheint bei den Weltmeisterschaften in Schweden...



Deutsche Rotisheit nach dem Ballwechsel: Bundestrainer Istvan Kapas mit Anke Olschewski (links) und Susanna Wenzel.

NACHRICHTEN Hartmut Bölts vorne

Köln (sid) - Olympiateilnehmer Hartmut Bölts (Dortmund) gewann das Amateur-Straßenrennen Köln-Schuld-Köln über 181,5 Kilometer.

Sieg für Beer/Lankenau Bremerhaven (sid) - Weltmeister der Amateure in den lateinamerikanischen Tänzen wurden in ihrer Heimatstadt Bremerhaven Horst Beer und Andrea Lankenau (beide 20).

Zico: Keine Fluchtpläne Udine (dpa) - Der für den italienischen Erstliga-Klub Udine spielende brasilianische Fußball-Nationalspieler Arthur Antunes Coimbra, genannt Zico, will so lange in Italien bleiben...

Krakik löst Friesen ab München (dpa) - Zwei tschechoslowakische Nationalspieler werden in der nächsten Saison für den deutschen Eishockey-Meister SB Rosenheim spielen.

Berger liegt im Koma Mugello (dpa) - Im Koma liegt der deutsche Motorrad-Rennfahrer Hermann Berger (27).

Ohne Wilander und Jarry Upsala (sid) - Ohne die beiden Spitzspieler Anders Jarryd und Mats Wilander wird Cupverteidiger Schweden das Daviscup-Turnier in Chile (19. bis 21. April) bestreiten.

Strafe in Rekordhöhe Zürich (sid) - Die höchste Geldstrafe, die je von der Europäischen Fußball-Union (UEFA) verhängt wurde, muß der italienische Erstliga-Ver-

GRAND NATIONAL / 200 Millionen verwettet Buchmacher feierten Sieg des großen Außenseiters

Ein Sieger der gar nicht hätte laufen sollen. Buchmacher, die die Champagner-Korken knallen ließen, und eine alte Dame, der halb London gehört und die jetzt umgerechnet 250 000 Mark und eine Silberkanne reicher ist...

Dabei schien am letzten der 30 Hindernisse alles entschieden. Jockey Phil Tuck sprang mit dem 12-jährigen Mr. Snuggit an die Spitze...

GROSSBRITANNIEN / Konsequenz aus den Ausschreitungen in englischen Stadien, Schotten fühlen sich ungerecht behandelt Regierung verlegt ein Fußballspiel von London nach Glasgow

REINER GATERMANN, London Es war die Spitzenmeldung des Tages: Auf Druck der Regierung wird das traditionsreiche Fußball-Länderspiel England gegen Schottland am 25. Mai nicht im Londoner Wembley-Stadion ausgetragen...

Gerichte auf, strenger gegen die Rowdys vorzugehen. Bei geringeren Verstößen sollen sie dazu verurteilt werden, sich während der kommenden Spiele auf den Polizeistationen aufzuhalten...

KURATORIUM FÜR UNFALLVERLETZTE ZNS. ZNS-Schäden können jeden treffen - deshalb sollte auch jeder helfen. Unfallverursacher jährlich bei etwa 200.000 Menschen Kopfverletzungen...

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Redaktion: Axel Springer, Matthias Waldert. Berlin. Chefredaktion: Manfred Herberichs...

Hotel Landhaus Hopen. Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen.

Moderne Yachten und Jollen! Richtige Seemannschaft für jedermann im DKK. Deutscher Hochseesportverband „Hansa“ e.V., Postfach 30 12 24, 2000 Hamburg 36.



Pankraz, Frau Anna und die Hautunreinheit

Ein neuer Genre hält Einzug in unsere Literatur der Nicht-Roman...

Pankraz betrachtet die Entwicklung mit höchst gemischten Gefüh-

Alle Kategorien, die zum Lobpreis des 'authentischen Lebens-

Schreckt nicht das Beispiel des deutschen Fernsehens, das ja auf dem Weg zur 'Authentizität' schon weit fortgeschritten ist?

Und was den Homosexuellen recht ist, ist den anderen 'Randgruppen' natürlich billig.

Pankraz

Ibsens „Peer Gynt“ im Schauspielhaus Düsseldorf

Schimmel mit Bauchtanz

Seit Peter Steins Inszenierung von 1971 hat sich eingebürgert, Henrik Ibsens 'Peer Gynt' an zwei hintereinander folgenden Abenden zu geben.

Es wäre freilich nicht weniger ermutigend, mit 'Peer Gynt' hat sich Gruner zum zweiten Mal ein Stück ausgesucht, für das er nicht der Mann ist.

So besticht denn auch sein 'Peer Gynt' nur im ersten Teil. Fern von Chéreau's Nebelgewaber, auf meist kahler Bühne, deren Herkunft von Brecht die Umbauten bei offenem Vorhang und 'Arbeitslicht' unterstreichen, zisiert er die Charaktere aus Peer (Hans Diehl, ein intensiver Darsteller - und ein erbärmlicher

Die Mär von der „Rettung“ noch einmal kolportiert: Ost-Berlin zeigt Schätze aus deutschen Museen

Devisen für die Sixtinische Madonna?

Lange Schlangen am Ostberliner Lustgarten. Die Menschen stehen geduldig, bis sie endlich in Schinkels Altes Museum eingelassen werden.



Einführung, nicht gerettet: Rembrandts Gemälde „Die Entführung des Gany-med“ aus der Dresdner Galerie, z. Z. auf der Ostberliner Museumsinsel

Die Kunst ist allerdings nur das Vehikel dieser „Ausstellung anläßlich des 40. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes“.

In der jetzigen Ausstellung sieht man beispielsweise den unvollendeten Kopf der Nofretete aus dem Ägyptischen Museum in Ost-Berlin, den wohl griechischen „Betenden Knaben“ von Rembrandt, „Dianas Heimkehr“ von Rubens, das „Liebesfest“ von Watteau und die großen Weißporzellan-Figuren von Kändler und Kirchner.

Über die wirklichen Gründe für den gewaltigen Abtransport hat es seinerzeit verschiedene Interpretationen gegeben. Da war einerseits die Äußerung des Oberst Tulpanow, das deutsche Volk habe diese Schätze „schlecht gehütet“.

Als Begründung für die „Rettings“-Theorie werden wieder die alten Argumente bemüht, die neben den Schätzen aus dem Grü-

Bizet in seltener Farbigkeit - Karajans „Carmen“-Inszenierung eröffnete die Salzburger Osterfestspiele

Eine Zigeuner-Äbtissin schmuggelt Weihrauch

Natürlich gab es am Ende die traditionellen Begeisterungsausbrüche. Aber dennoch hinterließ Karajans Salzburger „Carmen“-Einstudierung zur Eröffnung der Osterfestspiele Beklommenheit.

Das Festival, vor 19 Jahren begründet, dem musikalischen Ideal so nahe wie möglich zu kommen und damit der ins Karajansche Festivalitis ein künstlerisches Vorbild zu sein, hat sich heruntergewirtschaftet, und wenn verläutet, das nächste Osterfestspiel, das wieder Verdis „Don Carlos“ anbietet und Riccardo Chailly als Gastdirigent (neben Karajans) bei zwei Konzerten am Pult sitzt, sollte das letzte unter Leitung des alten Maestro sein, dann kommt neben dem Bedauern auch Erleichterung auf.

ger Produktin ist das Atemberaubendste an der Aufführung. Kein Wunder, daß die Solisten in ihr schweren Stand haben. Durch die Bank heiben an diesem Abend alle erheblich unter ihrem Niveau - vom Pulk der Pariser mit Jane Berbié und Michel Sénéchal an der Spitze einmal abgesehen, zu dem sich künstlerisch gleichberechtigt auch noch Heinz Zednik gesellt.

Karajans als Inszenierung ausgegebene Visualisierung von eigenen Schallplattenaufnahmen ist mit der „Carmen“ Bizets jedenfalls mit voller Kraft auf einen Kolossalprovinzialismus aufzulaufen, wie ihn sich selbst die vielgescholtene Provinz seit Dekaden nicht mehr erlaubt.

Ein Meisterwerk des musikalischen Realismus wie „Carmen“ läßt sich nun einmal bei allem Eifer nicht im Handumdrehen inszenatorisch aus dem Bühnenboden stampfen. Hinter den Kulissen des Karajanschen Sevilla scheint eine Verkehrsanstalt in Gan, die im Wechsel von rot auf grün Grüppchen von Touristen und Statisten verkehrssicher auf die Bühne schleust. In Lillas Pastias Schein geht beim Öffnen des Vorhangs offenkundig nur Schlittheit und der große Stumpfsein, bis endlich das Ballet Espagnol de Madrid kräftig zu tanzen beginnt. Sogar eine zündende Zugabe in wasserecht spanischem Stil hat ihm Karajans zugestanden.

Doch Agnes Baltsa in der Titelpartie ist eine Carmen von auffälliger Sprödigkeit, sinnlich wie eine Zigeuner-Äbtissin, die höchsten Weihrauch zu schmuggeln denkt. José Carreras' Stimme wird von den Anforderungen der Partie oft an ihre Grenzen geführt. Doch gibt er allein dem letzten Akt dramatische Intensität. José van Dam müht sich mit der unbehaglichen Tiefenlage der Escamillo-Rolle. Janet Perry, die sanfte Sourette, hat es nicht nur zu den Bösewichtern der Liebe, auch in die falsche Rolle verschlagen. Um Salzburger Reputation willen hätte man vielleicht am besten nicht nur das Chorkonzert unter Tenstedt absagen sollen (was angelehnt wegen Erkrankung des Tenors Gösta Winberg geschah), sondern diese unzulängliche „Carmen“ gleich noch dazu.

Die Bremer Galerien und Museen präsentieren ihren „Kunstfrühling 1985“

Kein Süd-Nord-Gefälle in der Kunst

Da hat sich einer was einfallen lassen und hat den Einfall auch realisieren können. Es gelang ihm, für einige Wochen die Bremer Galerien und sonstige Kunstaussteller vor den Wagen der Einheimischen zu spannen, die sonst im Ausstellungsprogramm weder der professionellen noch der Liebhabergaleristen besondere Berücksichtigung finden.

Es sind beachtliche Versuche zwischen Realität und Einbildungskraft, zwischen Tag und Traum, die die jungen Bremer hier vorzeigen. Der Norden muß sich mit den Leistungen seiner Künstler also keineswegs verstecken. Anders ist das, bei der finanziellen Lage Bremens, zumal mit dem Etat für überregional beachtliche Ausstellungen. Der ist wesentlich geringer als im Westen - und das allein rechtfertigt gewiß die Beurteilung als „Provinz“. Es wäre jedoch schlecht, wenn das auf den Ruf der Künstler zurückschlug, schlecht und ungeheuerlich (Junge Kunst: bis 21. April; Katalog 12,50 Mark; Kunstfrühling: meist bis Mitte April; Katalog 20 Mark)



„Der Forscher heilt sich“ (1925) von Kurtz Meumann, aus der Bremer Ausstellung

Herbert Albrecht

JOURNAL

Literaturvereinigung in München gegründet

DW, München Eine „Vereinigung der Freunde Bayerischer Literatur e.V.“ wurde in München gegründet. Aufgabe dieses Vereins wird die Förderung, Erforschung und Pflege von Literatur in Bayern sein.

Festival De Colmar 1985 mit Bach und Händel

DW, Stuttgart Das siebte „Festival De Colmar - Karl Münchinger“ finden vom 26. bis zum 30. Juni statt. Das Stuttgarter Kammerorchester wird unter der Leitung von Münchinger vier Konzerte in der Dominikaner Kirche und ein weiteres im Museum Unterlinden vor dem Isenheimer Altar geben.

August Gauls Adler im Münsteraner Zoo

dpa, Münster Eine in Europa bisher einmalige Kunstaussstellung ist im Allwetter Zoo in Münster eröffnet worden. Über 200 Plastiken von rund 80 internationalen Bildhauern sind in der „Animalia 85, Tierplastik des 20. Jahrhunderts“ bis zum 4. August zu sehen.

Neue deutsche Kunst für Princeton

DW, Princeton Eine Ausstellung deutscher zeitgenössischer Kunst plant die amerikanische Universitätstadt Princeton in New Jersey. Die Ausstellung wird gesponsert von der Squibb Corporation, einem Unternehmen der Pharma-Industrie.

Wassili Wassiljew wird Ballettleiter der Scala

AFP, Mailand Der sowjetische Tänzer Wassili Wassiljew wird im kommenden Jahr die Leitung der Ballett-Truppe der Mailänder Scala übernehmen. Er löst Rosella Hightower ab, die auf eigenen Wunsch ihren Posten im kommenden Juli verläßt.

Deutsche Bücher auf dem Edinburgh Book Festival

dpa, Frankfurt Die Ausstellungen- und Messe GmbH des Frankfurter Börsenvereins beteiligt sich erstmalig mit 700 deutschen Büchern und Zeitschriften an dem „Edinburgh Book Festival“, das vom 10. bis zum 25. August stattfindet.

MUSIK-KALENDER

- 3. Münster, Städt. Bühnen; Cikler: Aufzehrung (ML: Modos, R: Gottschalk, A: Salowitsch)
4. Hannover, Kuppelsaal; Wagner: Ring (Konzertant, ML: Albrecht)
6. Frankfurt, Opernhaus; Offenbach: Hoffmanns Erzählungen (ML: Boder, R. u. A. Wernicke)
7. Oldenburg, Staatstheater; Wagner: Parsifal (ML: Schmid, R: Rothacker)
8. Gelsenkirchen, Musiktheater im Revier; Liebeslieder/Der Reigen (Ballett) (Ch: Schinkowskij)
12. Berlin, Philharmonie; Smetana: Die verkaufte Braut (ML: Runkles, R. u. A. Wernicke)
17. Heidelberg, Stadttheater; Janáček: Die Sacke Makropoulos (ML: Schäfer, R: Wedekind)
19. Duisburg, Deutsche Oper am Rhein; Goehr: Die Wiedertäufer (U, ML: Wakasugi, R: Herlichke, A: Barz)
20. Basel, Stadttheater; Ballett-abend (Ch: van Manen, Speddi)
21. Witten, Seebad; Wittkier: Tage für neue Kammermusik (bis 28.4.)
23. Bremen, Theater am Goetheplatz; Verdi: Aida (ML: Schneider, R: Auway, A: Percion)
Wiesbaden, Staatstheater; Britten/Pepusch: Die Bettleroper (ML: Kurz, R: Dresse/Peter)
28. Augsburg, Städt. Bühnen; Tschalkowski; Eugen Onegin (ML: Bibl-Maier, R: Gleede, A: Wanninger)

